

**Kommissionsdrucksache**

(05.03.2015)

Inhalt

**Dokumentation**  
**zum Fachkolloquium „Handlungsansätze für strukturschwache**  
**Ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern“**  
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

## **Dokumentation**

**zum Fachkolloquium „Handlungsansätze für  
strukturschwache Ländliche Räume in Mecklenburg-  
Vorpommern“**

**09. Dezember 2014**

**Hotel Speicher am Ziegelsee, Schwerin**

## Inhaltsverzeichnis

---

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abbildungsverzeichnis.....	3
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1. Einleitung.....	4
2. Begrüßung.....	6
3. Vorträge.....	7
3.1 Handlungsansätze für strukturschwache Ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern.....	7
3.2 Die Neue Raumkategorie „Ländliche Räume mit besonderen demographischen Herausforderungen“ (LRmbdH) .....	10
3.3 Daseinsvorsorge sichern – Mehr Selbstverantwortung vor Ort .....	15
3.4 Bürgerschaftliches Engagement als Beitrag zur Daseinsvorsorge.....	19
4. Diskussion in den Arbeitsgruppen.....	23
4.1 AG Infrastruktur und Mobilität.....	23
4.2 AG Kommunale Herausforderung .....	25
4.3 AG Bürgerengagement .....	26
4.4 AG Soziale Infrastruktur / Kultur .....	27
4.5 AG Wirtschaft im Ländlichen Raum.....	28
4.6 Prioritätensetzung .....	29
Anhang.....	31

## Abbildungsverzeichnis

---

Abb. 1:	Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.....	7
Abb. 2:	Entwicklung der Einnahmen in Mecklenburg-Vorpommern.....	8
Abb. 3:	Steuer-Mindereinnahmen in Mecklenburg-Vorpommern.....	8
Abb. 4:	Projektion der Handlungsbedarfe bis 2025.....	9
Abb. 5:	Bevölkerungsentwicklung 2001 bis 2010 in Mecklenburg-Vorpommern .....	10
Abb. 6:	Bevölkerungsentwicklung in den Zentralen Orten.....	11
Abb. 7:	Übersicht über Kriterien zur Abgrenzung der LRmbdH.....	12
Abb. 8:	Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen.....	13
Abb. 9:	Demografische Situation der Zentralen-Orte-Nahbereiche in M-V .....	14
Abb. 10:	Impressionen der Arbeitsgruppen.....	23
Abb. 11:	Impressionen der Ergebnisvorstellung und Diskussion.....	23
Abb. 12:	Impressionen der Prioritätensetzung .....	29

## Abkürzungsverzeichnis

---

AG	Arbeitsgruppe
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
EM	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung
EW	Einwohner
FFW	Freiwillige Feuerwehr
LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
LEP	Landesraumentwicklungsprogramm
LRmbdH	Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
ROG	Raumordnungsgesetz
SUR	Stadt-Umland-Räume

## 1. Einleitung

Am 09. Dezember 2014 veranstaltete das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung (EM) ein Fachkolloquium zum Thema „Handlungsansätze für die strukturschwachen Ländlichen Räume Mecklenburg-Vorpommerns“. Vor dem Hintergrund der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms (LEP) war das Ziel der Veranstaltung, konkrete Handlungsempfehlungen für den ländlichen Raum, insbesondere für die neue Raumkategorie „Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen“ (LRmbdH) zu erarbeiten. Vertreter aus verschiedenen Fachbereichen und Institutionen nahmen an der Veranstaltung teil (siehe Anhang I), um nach einem fachlichen Input in Form von themenrelevanten Fachvorträgen, in kleinen Arbeitsgruppen konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und zu diskutieren.

Die Tagesordnung der Veranstaltung, durch die der Moderator Jörg Klingohr vom Wirtschaftspsychologischem Institut in Golchen führte, war folgende:

<i>Uhrzeit</i>	<i>Programmpunkt</i>	<i>Referent</i>
ab 12:00 Uhr	Eintreffen der Teilnehmer / Mittagsimbiss	
12:30 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Thema	Christian Pegel Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung
12:40 Uhr	Die neue Raumkategorie „Ländlicher Raum mit besonderen demografischen Herausforderungen“	Hermann Brinkmann Referatsleiter im Energieministerium M-V
13:00 Uhr	Daseinsvorsorge sichern – Mehr Selbstverantwortung vor Ort	Prof. Dr. Jürgen Aring Vorstand VHW Berlin
13:20 Uhr	Bürgerschaftliches Engagement als Beitrag zur Daseinsvorsorge	Bernhard Faller Leiter Büro Quaestio – Forschung und Beratung, Bonn
13:45 Uhr	Kurzstatements zur Einführung in die Arbeit in den Fach-AG:	
	AG technische Infrastruktur / Mobilität	Gerhard Loecker, ÖPNV-Lehrbeauftragter an der HS Braunschweig
	AG kommunale Herausforderungen	Ralf Gottschalk, Bürgermeister der Stadt Torgelow
	AG Bürgerengagement	Eva-Maria Mertens, Vorsitzende des Landesfrauenrates M-V e.V.
	AG Soziale Infrastruktur / Kultur	Dr. Andreas Willisch, Thünen-Institut für Regionalentwicklung, Bollewick
	AG Wirtschaft im Ländlichen Raum	Prof. Dr. Gerald Braun, Institut HIE-RO an der HS Rostock
14:15 Uhr	„Arbeiten“ in den Fach-AG	
14:45 Uhr	Vorstellen der Arbeitsergebnisse der AG und Diskussion im Plenum	

<i>Uhrzeit</i>	<i>Programmpunkt</i>	<i>Referent</i>
16:20 Uhr	Fazit und Ausblick	Christian Pegel Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung
ab 16:30 Uhr	Ausklang mit Imbiss, Café und Kuchen	
18:00 Uhr	Ende der Veranstaltung	

## 2. Begrüßung

---

Christian Pegel

Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung



Sehr geehrte Damen und Herren,

der demografische Wandel stellt das Land Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Sinkende Bevölkerungszahlen, Abwanderung von jungen Menschen, die Alterung der Bevölkerung, eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten, defizitäre Infrastrukturausstattungen und finanzielle Situationen in den Kommunen sind die gravierenden Aufgaben, denen wir uns gegenwärtig und in Zukunft stellen müssen.

Im Bundesvergleich ist unser Land mit am stärksten betroffen, was u.a. mit den massiven Abwanderungen und den enormen Geburtenrückgängen nach der Wende zusammen hängt. Hatte Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1990 noch 1,92 Mio. Einwohner, waren es im Jahr 2010 1,64 Mio. Die Prognosen für das Jahr 2030 sehen einen weiteren Rückgang auf 1,48 Mio. Einwohner. Schauen wir uns das Land jedoch detaillierter an, wird deutlich, dass die Entwicklung in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich verläuft. Gemeinden in strukturschwachen Ländlichen Räume sind und werden auch in Zukunft zuerst und am stärksten vom demografischen Wandel betroffen sein. Für diese Regionen gilt in Zukunft nur die Option die Situation passiv zu erleiden oder selbst aktiv zu gestalten. Um diese Regionen schon heute in den Fokus zu setzen, wurden im neuen LEP die Räume definiert, die vor besonderen demographischen Herausforderungen stehen.

In den vergangenen Jahren wurden bereits gute Lösungen entwickelt und es gibt noch zahlreiche Ideen im Land, wie u.a. im Wettbewerb zur „Sicherung der Nahversorgung in zentrenfernen Ländlichen Räumen“ deutlich wurde. Zum Beispiel „Die virtuelle Tante Emma“, die in Rieth entstehen soll und eine Alternative zur herkömmlichen Nahversorgung darstellt. Es sind mehr Ideen und Lösungen dieser Art gewünscht, wobei auch die Entwicklung „verrückter Ideen“ gestattet und gefordert wird. Wie sagte Albert Einstein bereits: „Wenn eine Idee am Anfang nicht absurd klingt, dann gibt es keine Hoffnung für sie.“

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir heute die Denkblockaden in unseren Köpfen ablegen, und Hemmnisse wie nicht normgerecht, Anfangsinvestition zu teuer, unpopulär, bürokratische Hürden, keiner der es umsetzen will, etc. sollen ausgeblendet werden. Ziel ist es, dass zehn konkrete Ideen für die vom demografischen Wandel besonders betroffenen Ländlichen Räume entwickelt werden, die als Beispiele im LEP für die 2. Beteiligung, als Ansatz für die Ressorts, aber auch die kommunale Ebene fungieren sollen.



Christian Pegel

### 3. Vorträge

#### 3.1 Handlungsansätze für strukturschwache Ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern

Christian Pegel

Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

##### I – Herausforderungen für die Landesentwicklung

Die größte Herausforderung in Mecklenburg-Vorpommern ist ganz deutlich die **Bevölkerungsentwicklung**. In diesem Jahr gab es zwar erstmals einen positiven Wanderungssaldo im Land, jedoch ist das natürliche Bevölkerungswachstum nach wie vor negativ. Das hat zur Folge, dass die Bevölkerungszahlen weiter abnehmen. Auch die Prognosen zeigen deutlich, dass die derzeitige Entwicklung bestehen bleibt.

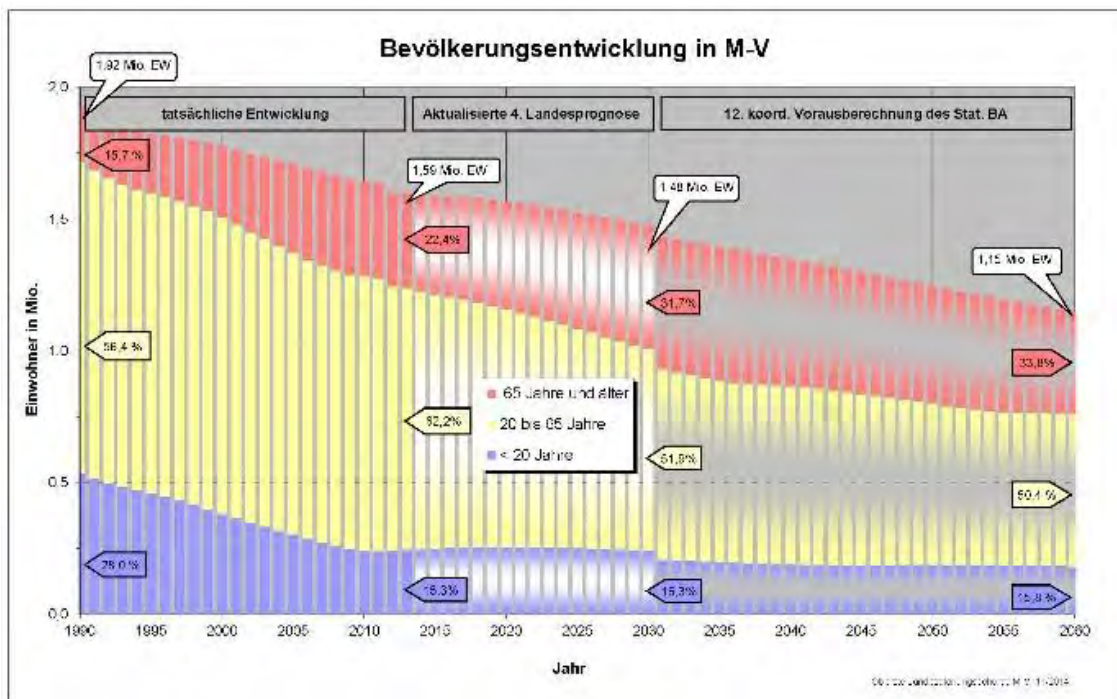


Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern (Quelle: EM)

Durch die abnehmenden Bevölkerungszahlen wird auch die **finanzielle Situation** im Land beeinflusst. Die sinkenden Einwohnerzahlen haben unter anderem Steuer-Mindereinnahmen zu Folge.



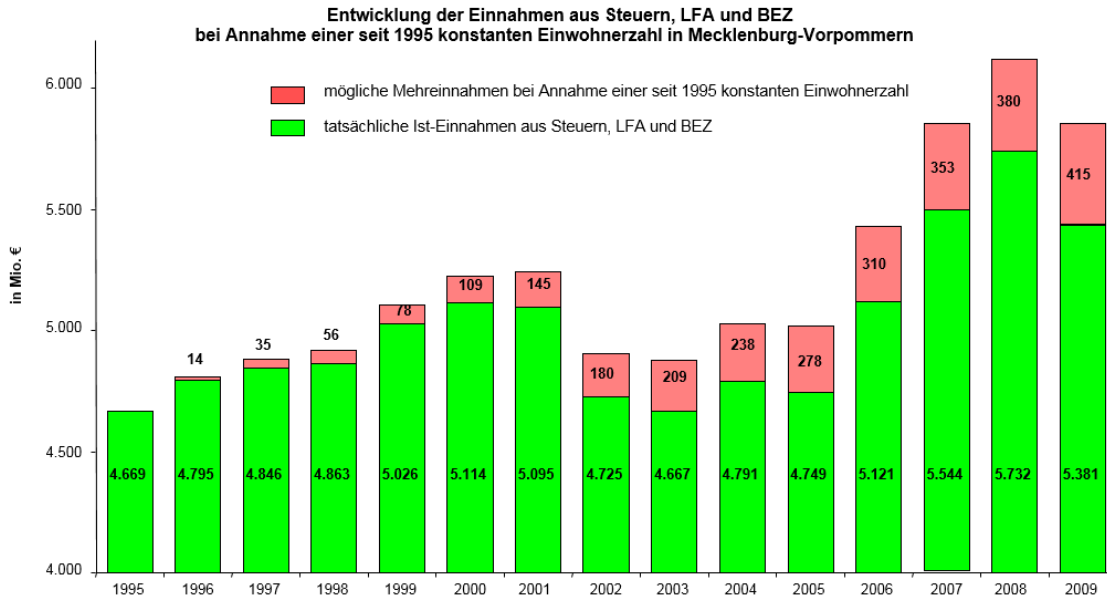


Abb. 2: Entwicklung der Einnahmen in Mecklenburg-Vorpommern (Quelle: EM)

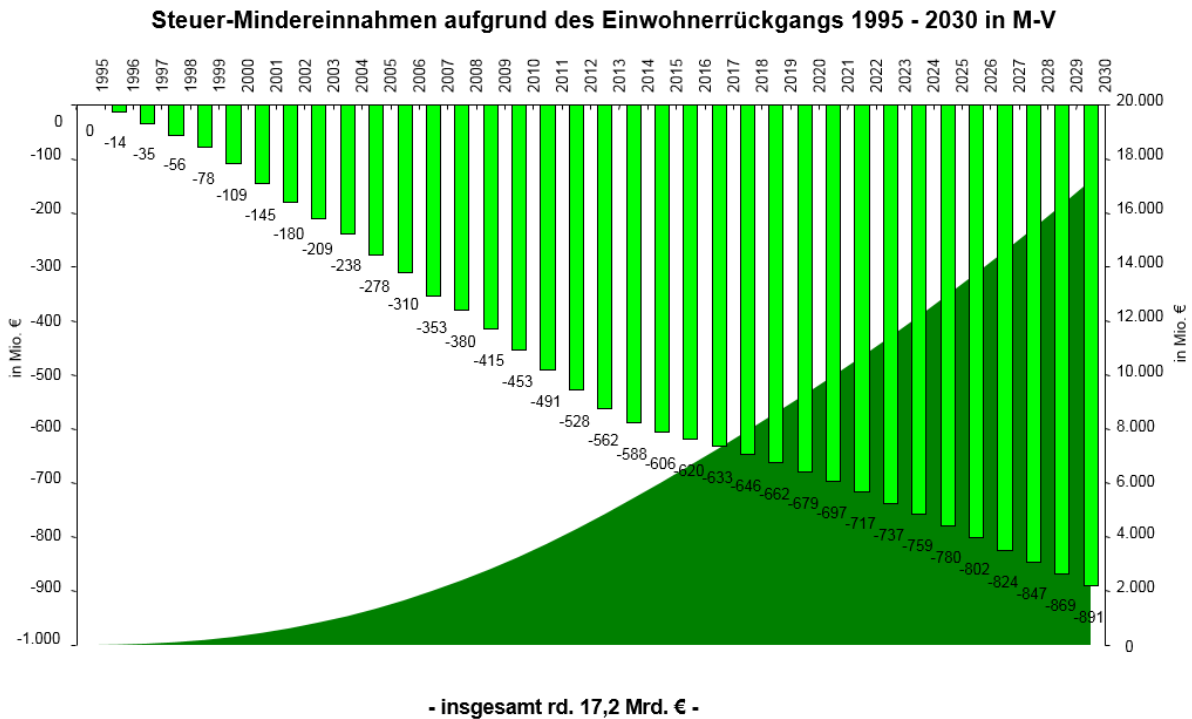


Abb. 3: Steuer-Mindereinnahmen in Mecklenburg-Vorpommern (Quelle: EM)

Bis zum Jahr 2020 wird sich dieses Problem weiter verstärken, da sinkende Einnahmen vor allem durch die Änderungen bezüglich der Sondereinnahmen (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (Korb I), Bundeseinnahmen (Korb II), EU-Strukturfonds) zu verzeichnen sein werden.

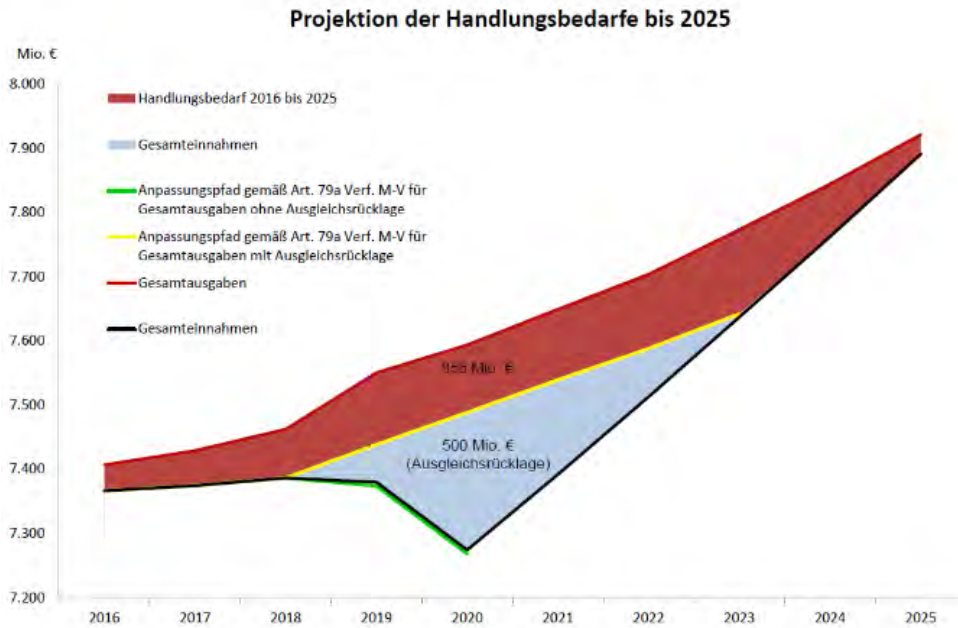


Abb. 4: Projektion der Handlungsbedarfe bis 2025  
(Quelle: EM)

## II – Thesen zur Landesentwicklung

- > Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat 5 Jahre Zeit um „die Weichen“ in puncto Finanzen neu zu stellen.
- > Die Regionen in Mecklenburg-Vorpommern werden sehr unterschiedlich betroffen sein. Es wird eine Verschärfung der regionalen Disparitäten geben.
- > Die strukturschwachen Ländlichen Räume wird es zuerst und am stärksten treffen.
- > Der Strukturwandel im Land kann entweder „passiv erlitten“ oder „aktiv gestaltet“ werden.

## III – Umgang mit den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen

- > Der „Gleichwertigkeitsgrundsatz“ (§ 1 ROG) muss akzeptiert werden, ist jedoch entsprechend der räumlichen Gegebenheiten zu definieren.
- > Strukturschwache ländliche Räume sollen im Landesmaßstab definiert werden. Ein entsprechender Entwurf ist im Entwurf des LEP 2015 unter LRmbdH zu finden.
- > Es sind Handlungsansätze für diese Räume zu entwickeln.
- > Diese Handlungsansätze sollen vor Ort mit lokalen Akteure als Pilotprojekte umgesetzt werden.
- > Die Leitthemen für die Entwicklung sind:
  - Infrastruktur: Breitband, IT
  - Regionale Wertschöpfung: einzelne Köpfe mit guten Ideen fördern
  - Bürgergesellschaft: aktive Zivilgesellschaft kann positive Impulse setzen (und umgekehrt)

Die vollständige Präsentation ist dem Anhang II zu entnehmen.

### 3.2 Die Neue Raumkategorie „Ländliche Räume mit besonderen demographischen Herausforderungen“ (LRmbdH)

Hermann Brinkmann

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

Abteilung 4 – Landesentwicklung

Referatsleiter für Referat 440 - Raumstruktur, Rauminformation, raumordnerische Belange der Daseinsvorsorge und Demografie



#### I – Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Der ländliche Raum Mecklenburg-Vorpommerns steht vor besonderen Herausforderungen. Die Bevölkerungsentwicklung zwischen den Jahren 2001 und 2010 betrug -7,5% im Landesdurchschnitt. Besonders betroffen sind die östlichen Landesteile sowie die zentrenfernen Räume im mittleren Mecklenburg (vgl. Abb. 5).

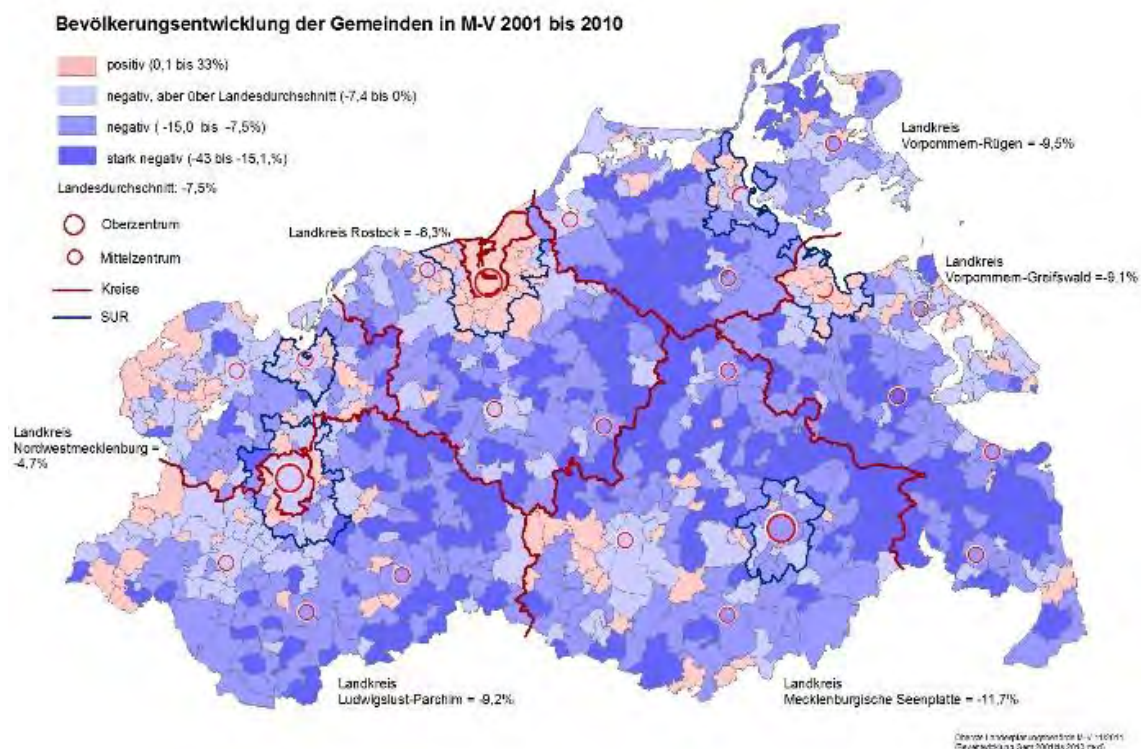


Abb. 5: Bevölkerungsentwicklung 2001 bis 2010 in Mecklenburg-Vorpommern (Quelle: EM)

Werden die Räume im Land einzeln betrachtet, ist derzeit eine Tendenz zur Landflucht zu verzeichnen. Waren Anfang des Jahrtausends noch besonders die Oberzentren des Landes von einem Bevölkerungsrückgang betroffen, registrieren diese seit 2009 ein Bevölkerungswachstum. Vor allem in den Studentenstädten Rostock und Greifswald steigen die Bevölkerungszahlen (vgl. Abb. 6).

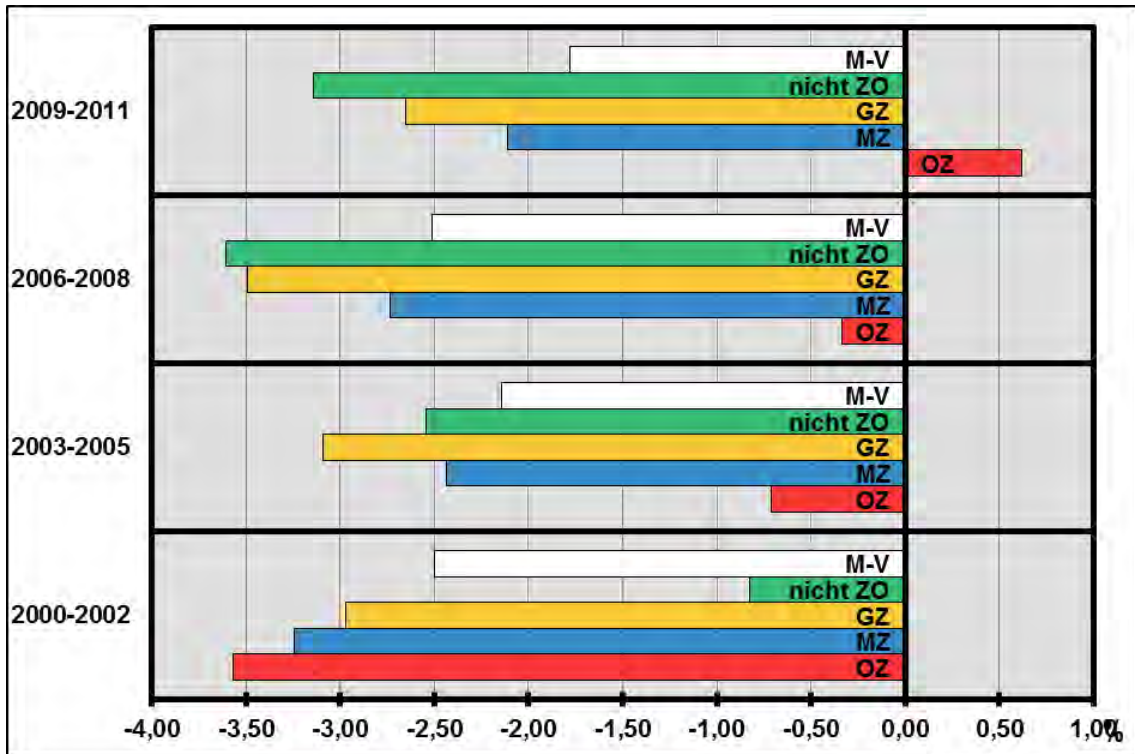


Abb. 6: Bevölkerungsentwicklung in den Zentralen Orten  
(Quelle: EM)

## II – Raumkategorien

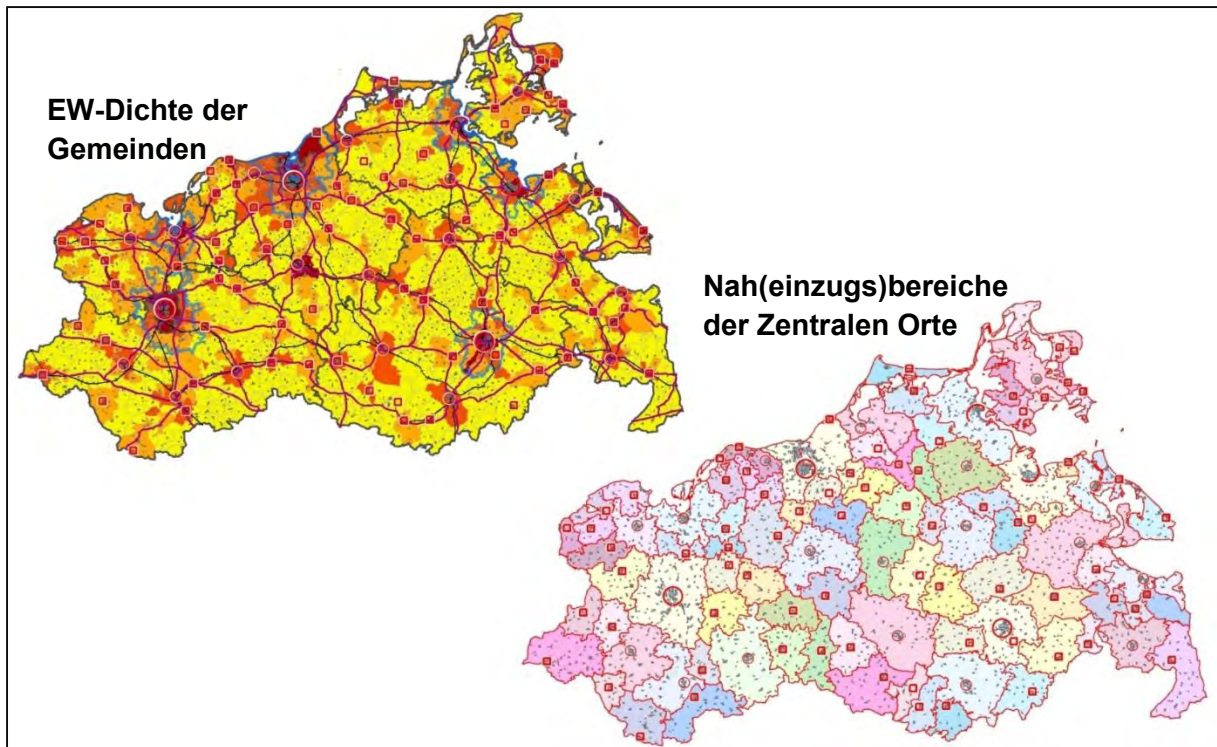
Raumkategorien werden im „Handwörterbuch der Raumordnung“ der ARL folgendermaßen definiert:

*„Raumkategorien (Raumtypen, Gebietstypen, Gebietskategorien, Raumstrukturtypen) sind nach bestimmten Kriterien abgegrenzte Gebiete, in denen vergleichbare Strukturen bestehen und in denen die Raumordnung gleichartige Ziele verfolgt.“*

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es zwei Raumkategorien: die Stadt-Umland-Räume und die Ländlichen Räume, wobei 90 % der Landesfläche zu letzterem zugeordnet werden. Doch in diesen Gebieten gibt es regionale Unterschiede und jede Gemeinde in diesen Räumen hat ihre spezifischen Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken. Aus diesem Grund wurde erstmalig in der Fortschreibung des LEPs ein neuer Teilraum des ländlichen Raums definiert: Ländliche Räume mit besonderen demographischen Herausforderungen (LRmbdH). Hierbei handelt es sich um Bereiche, deren demographische und wirtschaftliche Entwicklung deutlich unterhalb des Landesdurchschnitts liegt.

## III – Methodik zur Abgrenzung der LRmbdH

Als Basis für die Analyse zur Abgrenzung der LRmbdH wurden die 96 Nahbereiche der Zentralen Orte zugrunde gelegt und miteinander verschnitten. Gemeinden wurden als räumliche Grundlage nicht herangezogen, weil damit die Zentralen Orte als wesentliche Standorte der Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum nicht mit berücksichtigt würden.



Zur Festlegung der LRmbdH gibt es sieben Kriterien: fünf zur Darstellung der demographischen Entwicklung und zwei zu Aussagen der Wohlstandsentwicklung (vgl. Abb. 7).

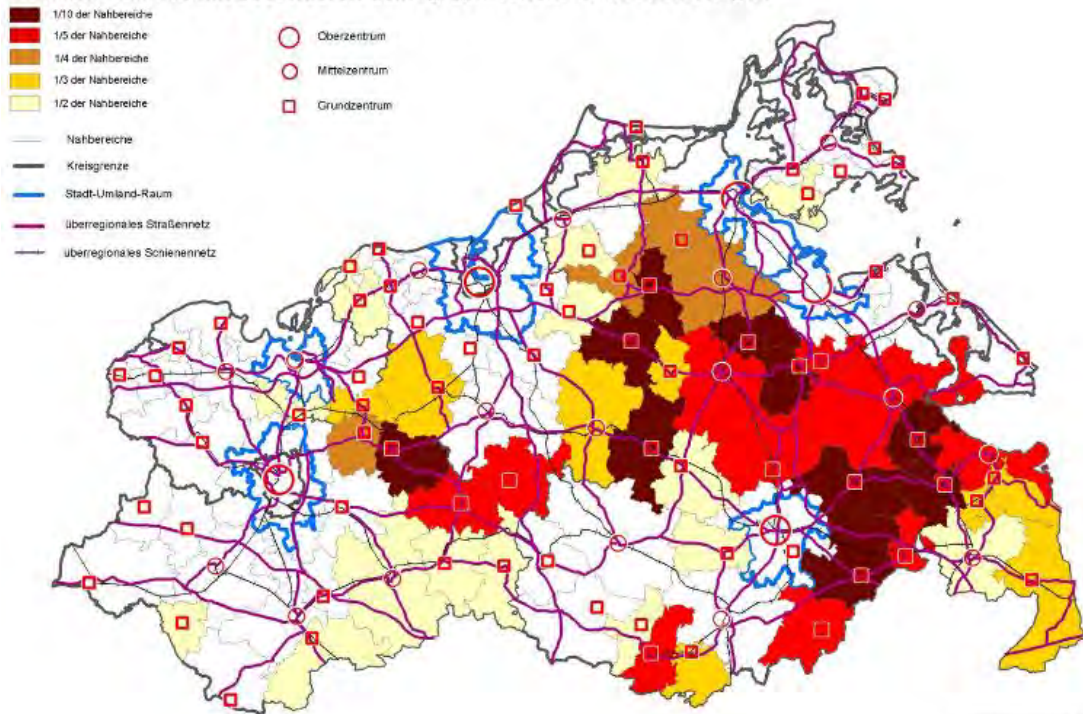
Nr.	Kriterium	Berechnung	Indikator für...
1	EW-Dichte	EW / km <sup>2</sup> (EW)	Tragfähigkeit der Infrastruktur
2	EW-Entwicklung	EW-Entwicklung 12/2006 bis 12/2010 (EW)	demografische Entwicklung
3	Frauendefizit	Frauen im Alter 15-45 / Männer im Alter 15-45 (%)	Geburtenpotential
4	Seniorenanteil	EW 65 u. älter / EW (%)	Altersstruktur
5	Zuwanderung	Zuzug über die Landesgrenze nach M-V / 1.000 EW (EW)	Attraktivität der Region
6	Kaufkraft	Kaufkraft / EW (€)	Wohlstand
7	Beschäftigte	Soz.Vers.Pflich. Beschäftigte am Wohnort / EW (%)	Wirtschaft / Arbeitskräfte

Abb. 7: Übersicht über Kriterien zur Abgrenzung der LRmbdH (Quelle: EM)

Für diese Kriterien wurde zunächst eine Bestandsanalyse durchgeführt, d.h. es wurden bestehende amtliche Daten aus den Jahren 2006 bis 2010 verwendet und aus den Ergebnissen die Durchschnittswerte gebildet. Die Abgrenzungskriterien sind mit gleicher Gewichtung eingeflossen. Die Festlegung der Platzierung erfolgte mit Hilfe der Platziffermethode, mittels dieser ein Ranking je Kriterium vorgenommen wurde. Anschließend erfolgte die Addierung der Werte der Rankingpositionen. Die Nahbereiche mit den höchsten Rankingzahlen, was den Plätzen 65 bis 96 (das letzte Drittel) entspricht, bilden die Raumkulisse der LRmbdH, welche deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Analysekarte

Ländliche Räume mit besonderen demographischen Herausforderungen



Vertriebsstrukturplanung 2014, S. 152/154

Nr.	Nahbereich	EW / km <sup>2</sup>	Ranking EW-Dichte	EW-Entw. 2006-10 (%)	Ranking EW-Entw.	Frauen 15-45 / Männer 15-45 (%)	Ranking Frauen-Defizit	EW 65 u. älter / EW (%)	Ranking Anteil Senioren	Zuzüge / 1.000 EW	Ranking Zuzüge	Kaufkraft / EW (€)	Ranking Kaufkraft	SVB WO / EW (%)	Ranking Anteil SVB	Ranking Summe
96	Ferdinandshof	29,5	85	-7,6	88	-20,4	90	24,3	83	10,9	80	12.616	93	28,7	91	600
95	Friedland, Stadt	33,8	79	-9,8	96	-28,4	96	22,4	53	9,0	88	13.332	86	30,4	83	581
94	Tribssee, Stadt	28,7	86	-8,4	93	-18,3	71	25,2	89	11,6	71	13.377	85	29,6	86	581
93	Ducherow	22,3	96	-6,8	81	-21,4	86	22,6	57	11,4	74	12.549	94	29,0	89	577
92	Jarmen, Stadt	44,1	56	-7,1	83	-20,1	79	23,5	74	9,3	86	12.462	95	28,3	93	566
91	Gnoien, Stadt	26,5	88	-5,5	61	-17,3	64	24,9	87	12,0	68	13.028	90	29,4	87	545
90	Malchin, Stadt	46,8	51	-7,5	86	-21,8	87	24,3	84	9,1	87	14.061	65	30,4	82	542
89	Loitz, Stadt	40,2	65	-6,6	79	-19,9	78	22,4	51	8,0	94	12.997	91	31,2	76	534
88	Sternberg, Stadt	36,8	76	-6,1	69	-25,3	91	23,4	71	9,7	84	14.492	52	31,1	77	520
87	Woldegk, Stadt	25,4	91	-8,2	92	-20,8	84	21,9	41	12,3	65	13.541	78	31,9	68	519
86	Anklam, Stadt	40,5	64	-6,3	74	-16,7	61	24,5	85	11,6	70	13.668	76	29,4	88	518
85	Feldberger Seenlandsch	22,6	95	-6,0	68	-27,0	93	24,6	86	17,2	30	14.154	61	30,2	84	517
84	Krakow am See, Stadt	24,6	93	-7,0	82	-18,3	70	24,1	80	13,5	56	13.919	69	32,2	65	515
83	Mirow, Stadt	25,3	92	-6,7	80	-20,7	81	25,8	92	17,0	32	14.629	48	31,5	72	497
82	Goldberg, Stadt	31,4	83	-7,9	90	-20,7	82	22,5	55	11,2	76	14.429	56	33,7	52	494
81	Altentreptow, Stadt	38,7	70	-7,6	87	-20,8	85	21,3	33	8,2	93	13.710	74	33,7	51	493
80	Ueckermünde, Stadt	42,9	58	-4,7	51	-27,2	94	22,6	58	13,8	52	13.308	87	28,5	92	492
79	Gützow, Stadt	49,1	46	-7,3	84	-19,6	76	22,6	60	8,9	89	13.390	84	34,0	48	487
78	Strasburg (Uckermark)	61,5	31	-8,9	95	-3,8	7	25,6	91	11,1	79	13.281	88	26,3	95	486
77	Demmin, Hansestadt	47,1	50	-6,3	71	-10,5	20	24,1	81	7,7	95	13.537	79	29,8	85	481
76	Bruel, Stadt	32,5	81	-8,9	94	-19,8	77	20,9	26	11,1	78	14.011	66	33,7	53	475
75	Bad Sülze, Stadt	26,2	89	-8,1	91	-15,5	53	23,2	68	13,5	58	14.157	59	33,5	56	474
74	Franzburg, Stadt	37,1	74	-7,7	89	-11,8	30	23,1	66	12,5	64	13.899	70	30,8	80	473
73	Grimmen, Stadt	46,1	53	-6,4	76	-16,8	62	23,0	65	7,6	96	14.454	54	32,1	66	472
72	Dargun, Stadt	41,1	63	-7,5	85	-15,2	50	22,9	63	9,7	83	14.150	62	33,7	50	456
71	Locknitz	25,9	90	-2,7	25	-18,2	69	24,2	82	43,7	3	13.105	89	25,7	96	454
70	Eggesin, Stadt	42,3	62	-5,6	63	-24,3	89	21,0	28	15,3	43	13.397	83	30,5	81	449
69	Torgelow, Stadt	137,3	13	-6,4	77	-22,7	88	22,2	49	17,1	31	12.932	92	29,0	90	440
68	Warin, Stadt	50,2	44	-2,1	15	-19,0	74	24,1	79	11,4	73	13.887	71	30,8	79	435
67	Telerow, Stadt	42,8	59	-6,3	73	-16,2	58	21,7	37	11,1	77	13.845	73	33,5	54	431
66	Butzow, Stadt	44,7	55	-4,9	55	-17,1	63	21,5	34	10,0	82	14.535	50	31,8	70	409
65	Wesenberg, Stadt	27,1	87	-3,8	36	-11,8	29	25,1	88	18,5	28	13.955	68	31,5	71	407
64	Lübz, Stadt	42,4	61	-6,5	78	-14,9	48	22,7	61	11,5	72	14.671	47	34,9	35	402
63	Penzlin, Stadt	35,0	77	-6,0	67	-18,6	72	18,6	11	14,4	45	13.462	80	34,3	45	397
62	Pasewalk, Stadt	57,9	35	-5,2	59	-16,6	60	22,1	48	16,1	40	13.705	75	31,4	74	391
61	Plau am See, Stadt	37,4	73	-5,6	62	-15,1	49	23,6	75	21,3	22	14.620	49	32,9	59	389
60	Grabow, Stadt	33,2	80	-6,1	70	-14,6	44	23,4	70	16,1	41	14.782	42	35,3	32	379
59	Marlow, Stadt	34,9	78	-5,0	58	-18,1	68	19,8	17	8,7	90	14.511	51	37,9	15	377
58	Garz/Rügen, Stadt	31,5	82	-6,4	75	-12,4	35	22,4	54	15,6	42	14.365	58	35,5	30	376
57	Stavenhagen, Reuterstadt	43,3	57	-5,6	64	-14,0	42	19,6	15	13,4	59	13.437	81	32,9	58	376
56	Bad Kleinen	64,5	30	-2,9	29	-16,2	57	14,4	2	12,6	63	11.869	96	27,6	94	371
55	Neubukow, Stadt	53,6	39	-4,5	46	-18,7	73	19,2	14	13,7	54	13.631	77	32,3	64	367
54	Tessin, Stadt	40,0	66	-4,2	42	-15,6	55	20,2	21	11,2	75	14.680	46	34,1	47	352
53	Rechlin	22,8	94	-2,7	26	-9,3	18	22,5	56	16,8	33	13.852	72	34,5	43	342
52	Renk, Stadt	68,0	27	-5,8	66	-11,5	27	27,0	93	21,6	21	14.850	39	31,9	69	342
51	Lübbtheen, Stadt	38,7	71	-4,5	47	-27,4	95	23,2	69	23,7	17	15.144	28	38,1	14	341
50	Barth, Stadt	77,4	19	-3,7	35	-7,6	14	23,7	76	13,9	49	13.420	82	32,3	63	338
49	Parchim, Stadt	50,4	43	-4,9	57	-17,4	66	21,8	39	14,0	47	14.682	45	34,8	38	335

Abb. 8: Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen (Quelle: EM)

Die Ergebnisse des Rankings wurden zur Kontrolle mit dem Entwurf einer im EM berechneten Nahbereichsprognose verschnitten. Im Ergebnis korrelieren Nahbereichsprognose und Rankingergebnisse in relativ hohem Maße miteinander.

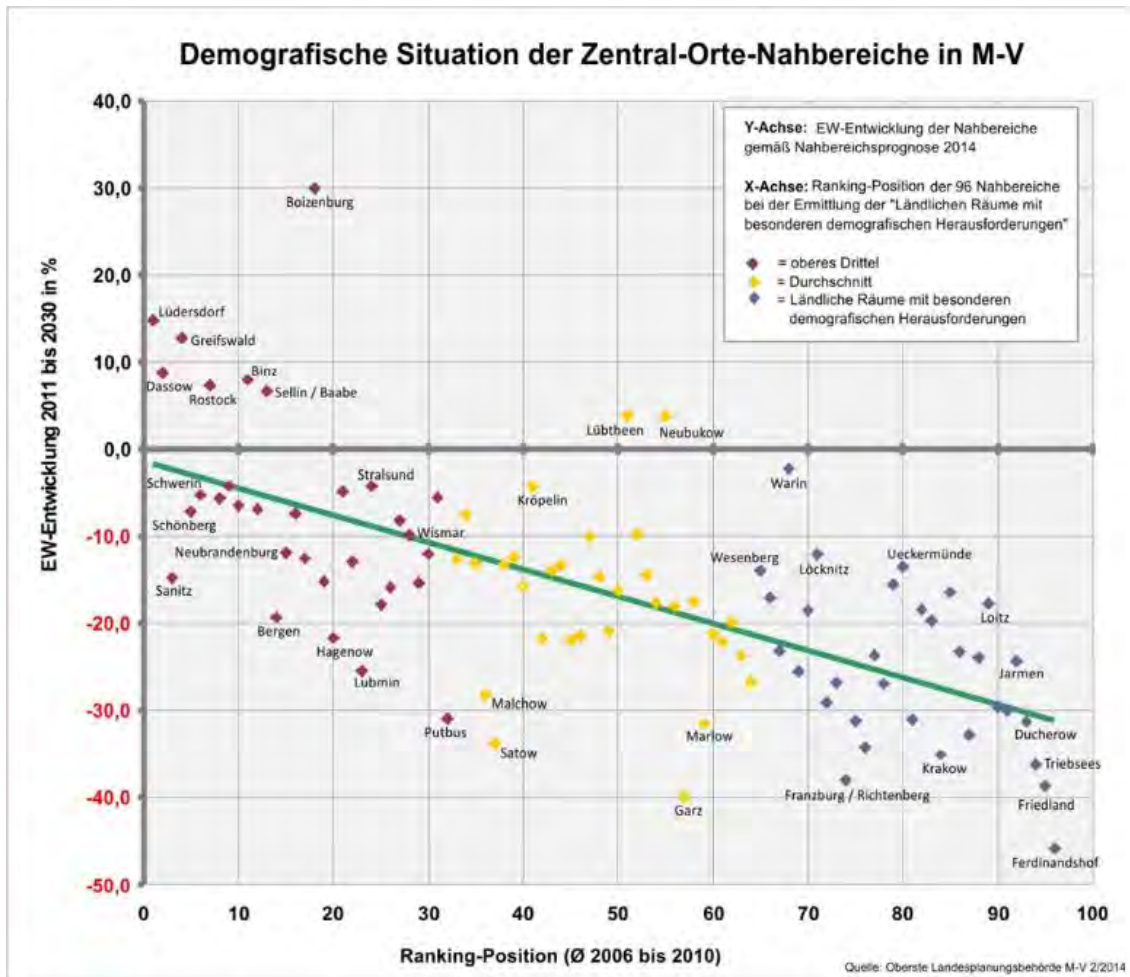


Abb. 9: Demografische Situation der Zentralen-Orte-Nahbereiche in M-V (Quelle: EM)

Politische Handlungsansätze zum Umgang mit dem demographischen Wandel können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- > Informieren und orientieren: Ursachen, Herausforderungen und Chancen kennen und kommunizieren, Handlungsmöglichkeiten einschätzen
- > Gegensteuern: Strategie entwickeln und umsetzen (Wirtschaft, Regionale Wertschöpfung, Familienpolitik, „weiche“ Faktoren)
- > Anpassen und modernisieren: Strategie entwickeln und umsetzen (Infrastruktur umbauen, Kosten minimieren, neue Technologien nutzen)
- > Ermöglichen: Standards / Normen flexibilisieren, Bürokratie abbauen, Freiräume schaffen, Kreativität fördern, Experimentierklauseln aufnehmen, Anschubfinanzierungen bereitstellen
- > Aktivieren: Kräfte bündeln, Kooperationen aufbauen, Ehrenamt / Bürgergesellschaft stärken

Die vollständige Präsentation ist dem Anhang III zu entnehmen.

### 3.3 Daseinsvorsorge sichern – Mehr Selbstverantwortung vor Ort

Prof. Dr. Jürgen Aring

Vorstand VHW - Bundesverband für Wohnen  
und Stadtentwicklung e.V.

Berlin



#### I – Extreme Bedingungen in Ländlichen Räumen

In den dünn besiedelten Ländlichen Räumen herrschen extreme Entwicklungen. Gleichzeitig werden sehr heterogene Erfahrungen im Umgang mit den Herausforderungen gemacht. Vor Ort wird diese Entwicklung sehr unterschiedlich wahrgenommen. Wie Herr Pegel bereits sagte, wird gesamt Mecklenburg-Vorpommern im bundesvergleich als eines der Länder mit den größten negativen demografischen Entwicklungen aufgezeigt. Wenn jedoch detaillierter geschaut wird, bestehen große regionale Unterschiede.

Diese extremen Situationen erfordern beim Prozess der Lösungssuche Offenheit. In den betreffenden Regionen muss dafür geworben werden, dass andere und auch undenkbare Ansätze zugelassen werden, auch wenn diese für andere Regionen oder aus Sicht des Bundes eventuell unsinnig oder vor dem Hintergrund der Kultur undenkbar erscheinen. Vor Ort können diese zunächst unvorstellbaren Ansätze eine durchaus sinnvolle Lösung darstellen.

Diese Offenheit bei der Lösungssuche ist häufig diffizil, da die Voraussetzung zunächst die Darstellung der Problemlage ist. Das Wort „Problemlage“ klingt für die Menschen in den betreffenden Regionen jedoch häufig wie die schlechte Botschaft und wird dementsprechend ungerne gehört. Oftmals wird es vor Ort als Diskriminierung und Stigmatisierung verstanden und nicht als Herausforderung, die diese Situation mit sich bringt.

#### II – „Gelber Gestaltungsraum“

Bisher wurden die LRmbdH nach dem Vorgehen eines Planes lediglich analytisch definiert. Durch die politische Bewertung als „Schreckensraum“ besteht die Gefahr, dass es mit einer Stagnierung der Entwicklung vor Ort einhergeht. Aus diesem Grund ist es als sinnvoll anzusehen, einen neutralen Begriff, der vollständig vom Thema Demografischer Wandel losgelöst ist, zu verwenden. Ein möglicher erster Vorschlag ist der Begriff des „Gelben Gestaltungsraums“. Dabei handelt es sich um einen neutralen und offenen Begriff, der mit Inhalten gefüllt werden kann und Platz für Gestaltungen lässt. Den Menschen vor Ort muss vermittelt werden, dass in diesem Raum die Möglichkeiten gegeben sind, etwas zu verändern. Es soll deutlich werden, dass in dieser Region „andere Ideen“ eher aufgegriffen werden können. Den Menschen muss veranschaulicht werden, dass sie, wenn sie den Schwächen vor Ort mit Offenheit begegnen und mutig Ideen in die Tat umsetzen wollen, Unterstützung erhalten. So soll in den Gemeinden der Gestaltungswille mobilisiert werden. Das funktioniert nur, indem den Einwohnern verdeutlicht wird, dass es sich nicht nur um eine planerische Kategorie handelt, sondern um einen Gestaltungsraum, in dem Ideen verwirklicht werden können.



Die Menschen sollen dazu bewegt werden, sich zu bewerben, um ein Teil dieses Gestaltungsraums zu werden und etwas zur Zukunft der Region beizutragen. Durch diese Beteiligung an der Gestaltung des Raumes wird den Einwohnern die Möglichkeit gegeben, die Chancen dieser neuen Raumkategorie für ihren Ort zu erkennen. So entsteht ein Zusammenspiel zwischen dem Land M-V und den Menschen vor Ort. Das Ziel der Landesregierung, aus diesen Regionen stabile Räume zu machen, kann mit Hilfe der Mobilisierung der Menschen vor Ort erreicht werden.

### III – Lokal angepassten Lösungen und Subsidiarität

Zur bestehenden Ausgangslage der Regionen trägt nicht nur der Demografische Wandel, sondern auch ein teilweise überforderter Staat bei. D. h., dass dieser in der Vergangenheit mehr leisten wollte, als er eigentlich konnte, was Finanzengpässe und Verschuldung zur Folge hat. Der Staat konnte sich in vielen Leistungsbereichen, die er auf die Beine gestellt hat, im Wettbewerb mit private Lösungen nicht durchsetzen (z.B. Telekom, Post). Durch die folgende Privatisierung wurde der Staat vom Erbringer zum Gewährleister. Diese Mischung aus Finanzknappheit und Position als Gewährleister, reduziert die Gestaltungsmöglichkeiten und sorgt dafür, dass der Staat nicht als „weißer Ritter“ auftreten kann und die Probleme vor Ort einfach „wegsubventionieren“ kann.

Es ist von enormer Bedeutung und wird an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben, dass in Debatten über den Demografischen Wandel klar gestellt wird, dass es keinen „weißen Ritter“ geben wird und dass das Schrumpfen und Altern nicht plötzlich aufhört und der Demografische Wandel somit umgekehrt wird.

Aufgrund der Relevanz sei an dieser Stelle nochmals deutlich zu machen, dass extreme Situationen Offenheit bei der Lösungssuche erfordern und die Chance gegeben sein muss, über Lösungen nachzudenken, die auf den ersten Blick unmöglich erscheinen und die in anderen Regionen nicht auf der Tagesordnung stehen. Auf der abstrakten Ebene wird von *lokal angepassten Lösungen* gesprochen, was wiederum Raum für Inhalte lässt. Ziel ist es, lokale Lösungen zu entwickeln und mit den Akteuren vor Ort umzusetzen.

Wenn über Lösungen gesprochen wird, wird implizit an Standards der Daseinsvorsorge gedacht. Standards, die bestimmte Qualitäten sichern und die sich positiv auf die Lebensqualität auswirken. Doch Lösungen für die Daseinsvorsorge können auch zu einer Verschlechterung dieser Standards führen, was es für Menschen vor Ort schwierig werden lässt sich darauf einzulassen. Um das zu erreichen, ist ein Kulturwandel in den Köpfen erforderlich.

Die Frage ist, was in diesem „Gelben Gestaltungsraum“ passieren soll. Es müssen lokale Lösungen, die vor Ort funktionieren, entwickelt werden. Dafür sind die grundlegenden Fragen, von wem die Ideen kommen sollen und vom wem sie getragen werden müssen, geklärt werden. Die Antwort auf diese Fragen lautet: **Subsidiarität**. Das bedeutet, die Probleme sollen so weit unten gelöst werden wie möglich, ohne die entsprechenden Stellen zu überfordern.

Das Prinzip der Subsidiarität sollte auf den „Gelben Gestaltungsraum“ angewendet werden, um mehr Selbstverantwortung vor Ort zu geben. Selbstverantwortung wurde schon an der „Frontier“ in den USA im 18./19. Jahrhundert verlangt. In diesem Grenzraum waren staatliche Strukturen schwach ausgebildet, sodass die Pioniere gezwungen waren, für sich selbst zu sorgen und sich um ihre lokale Entwicklung (Schule, Kirche, Brandschutz) selbst zu kümmern. Das bedeutet, dass die Daseinsvorsorge von unten gedeckt werden musste.

Diese Situation lässt sich in gewisser Art und Weise auf die heutige Zeit übertragen. Die gewohnte Daseinsvorsorge, die vom Staat gewährleistet wird und früher vom Staat auch teilweise gemacht wurde, zieht sich immer weiter zurück. So kann von einer Art „Frontier 2.0“ gesprochen werden. Das bedeutet für die Gegebenheiten vor Ort, dass die Bevölkerung nicht darauf warten darf, dass etwas passiert, sondern das Motto **„Kümmere dich selbst“** verinnerlichen müssen. Die Menschen werden gegenwärtig in das System – Rückgang von Infrastruktur, Hilfe, etc. – hineingerückt, auch wenn es eigentlich nicht ihr Wille ist, da das alte System deutlich bequemer und angenehmer war. Doch wenn die Bevölkerung vor Ort etwas erreichen will und ihre Daseinsvorsorge gesichert sehen will, sind sie gezwungen, das System „Kümmere dich selbst“ anzunehmen. „Kümmere dich selbst“ heißt jedoch nicht, dass eine Einzelperson alles alleine machen muss. Für die Pioniere vor Ort, die etwas bewegen wollen, muss ein Support erfolgen. Die Botschaft in dem „gelben Gestaltungsraum“ muss lauten: „Kümmere dich, dann gibt es Unterstützung“.

Es ist wichtig, dass beim Wunsch nach „anderen“ Lösungen, eine Flexibilität in den Ministerien gegeben ist. Das bedeutet, dass gewisse Spielräume – z.B. für Genehmigungen und Sonderregelungen – geschaffen werden, um die Leute vor Ort zu unterstützen. Der „gelbe Gestaltungsraum“ und die Unterstützung von oben gehören für den Erfolg von Lösungen unabdingbar zusammen.

#### **IV – Kommune als Akteur für „Kümmere dich“**

Die Verwirklichung des „Kümmere dich“ ist, wie bereits erwähnt, nie durch einen einzelnen Akteur zu verwirklichen. Hier besteht eine geteilte Verantwortung für die Erbringung der Daseinsvorsorge zwischen vertikalen und horizontalen Bereichen, die miteinander vernetzt arbeiten müssen. Eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des Raumes haben dabei die Kommunen. Sie haben die Aufgabe Lösungen sowohl in einen politisch vertikalen Prozess einzubringen als auch auf dem horizontalen Weg die Mobilisierung von Bürgern zu erreichen.

Als Voraussetzung müssen die Kommunen in Zukunft so aufgestellt werden, dass sie die Gestaltungsaufgaben wahrnehmen können. Derzeit sind sie es aufgrund der geringen Größe, der Auslastung durch die Pflichtaufgaben und angespannten finanziellen Situationen nicht gewohnt solche Gestaltungsaufgaben zu übernehmen. Die Aufgabe der Kommune, die sich durch den „Gelben Gestaltungsraum“ ergibt, wäre es, sich um Dinge zu kümmern, für die sie bisher nicht verantwortlich waren.

„Sich kümmern“ heißt für die Kommune jedoch nicht das Lösen eines Problems, sondern die Thematisierung der lokalen Missstände. Durch sie sollen Menschen vor Ort zusammengebracht und mobilisiert werden. Das bedarf jedoch eine starke Kommune. Um eine solche zu bilden, ist eine Unterstützung in Form von Entscheidungsfreiräumen, eine ausreichende Finanzierung und einer guten personelle Aufstellung notwendig. Die Kommunen sollen als starker Partner und nicht als defensiver Beklager ihrer Missstände vor Ort auftreten. Dafür sind als nächstes zwei Schritte notwendig:

1 – Im ersten Schritt ist es erforderlich, sich Gedanken darüber zu machen, wie die einzelnen Kommunen entwickelt und unterstützt werden können, um als eine solch starke Kommune auftreten zu können. Es ist anzunehmen, dass das Prinzip der Subsidiarität bei größeren räumlichen Strukturen eher funktioniert als in kleinteiligen Kommunalstrukturen.

2 – Ein weiterer Schritt beschäftigt sich mit den räumlichen Mustern in „gelben Gestaltungsräumen“. Neben der analytischen Darstellung ist es notwendig, die einzelnen Zonen soweit durchzudeklinieren, dass für kleinere Teilräume Zonen des Vertrauens in die Zukunft (oder auch Garantieräume) geschaffen werden. Damit wird deutlich gemacht, dass

der „gelbe Gestaltungsraum“ zwar schwierige Regionen hat, jedoch gleichzeitig Räume der Garantie existieren. Diese Vertrauensräume stellen eine wichtige Voraussetzung dar, denn ohne ein Vorherrschen an Vertrauen in die Zukunft, werden häufig keine Vorhaben realisiert. Welche Teilräume zu Vertrauenszonen ausgewiesen werden, soll nicht planerisch von oben bestimmt, sondern in einem politischem Prozess vor Ort ausgehandelt werden. Menschen, die die Möglichkeit haben selbst entscheiden zu können, ob sie diese Orte des Vertrauens sein wollen, trauen sich häufig mehr zu.

### 3.4 Bürgerschaftliches Engagement als Beitrag zur Daseinsvorsorge

Bernhard Faller

Leiter Büro Quaestio – Forschung und  
Beratung

Bonn



„Bürgerschaftliches Engagement“ ist ein Begriff, der heute oft modisch verwendet wird und Gefahr läuft überstrapaziert zu werden und dann am Ende nicht ganz ernst genommen wird. Wenn dieser Begriff jedoch ernst genommen wird, dann hat das weitreichende Konsequenzen für das Gesellschaftsverständnis und das politische Handeln.

Es bedarf eines langen Prozesses, um das bürgerschaftliche Engagement zu einem verlässlichen Part der Daseinsvorsorge zu machen. Dafür wurden zwölf Thesen erarbeitet.

- > Thesen eins bis vier beschäftigen sich mit den Potenzialen des Bürgerschaftlichem Engagements.
- > Thesen fünf bis acht beschäftigen sich mit den politischen Implikationen.
- > Thesen neun bis zwölf werden konkreter, wie das bürgerschaftliche Engagement das für die Daseinsstrategien benötigt wird, auf den Weg gebracht und eingebettet werden kann.

#### I – Thesen: **Bürgerschaftliches Engagement ...**

##### 1. ... ist vielfältig.

Bürgerschaftliches Engagement ist in den Beiträgen zur Daseinsfürsorge sehr vielfältig. Beispiele hierfür sind u.a.: Bürgerbusse, Energiegenossenschaften, Wohnkonzepte, Initiativen zum Leerstand, Dorfgemeinschaften, gemeinschaftliche Nahversorgung.

##### 2. ... ist stark bedarfsorientiert, ressourcenorientiert und dabei sektorübergreifend organisiert.

Bürgerschaftliches Engagement kann nur zustande kommen, wenn es jemanden vor Ort gibt, der die Defizite und Probleme erkennt und anspricht – in Form einer lebenspraktischen Bedarfs- und Problemanalyse. Gemeinsam mit anderen Mitstreitern, die mobilisiert werden müssen, können kreative Lösungen erarbeitet werden. Durch eine sektorübergreifende Arbeit, die durch unterschiedliche Akteure zustande kommt, werden Kompetenzen und Qualifikationen gebündelt. Folglich werden Lösungen einfacher gefunden und deren Umsetzungen gemeinsam initiiert.

##### 3. ... ist weit mehr als sich informell zu organisieren.

Das bürgerschaftliche Engagement geht über die herkömmliche Nachbarschaftshilfe hinaus. Das Ziel sollte es sein, eine unternehmerische Tätigkeit daraus zu entwickeln und aufnehmen zu können.

Vor diesem Hintergrund soll das bürgerschaftliche Engagement einen stabilen Beitrag zur Daseinsvorsorge liefern. Ziel ist eine nachhaltige Aktivierung und Etablierung von neuen Geschäftsmodellen auf der Grenze von bürgerschaftlichem Engagement und professionellen Unterstützungsleistungen. D.h. es geht darum, sozialunternehmerische Lösungen zu finden.

*4. ... ist Ausdruck von aktiv übernommener Selbstverantwortung und der Fähigkeit zur Selbstorganisation.*

Bürgerschaftliches Engagement funktioniert nur mit Leuten, die in sich eine Motivation haben und sich von Hürden nicht abschrecken lassen. Der Begriff der Raumpioniere hat in dem Zusammenhang an Bedeutung gewonnen. Zusätzlich muss ein gründungsfreundliches Umfeld – in Bezug zu bürgerschaftlichen Gründungen – gegeben sein.

*5. ... ist kein Allheilmittel.*

Der Staat zieht sich immer weiter zurück und der Bürger soll an diese Stelle rücken. Diese Vorstellung ist gegenwärtig noch nicht möglich. Das derzeitige Modell ist über Jahrzehnte gewachsen und stellt für den Bürger ein bequemes Modell dar. Das bedeutet jedoch, dass sich langfristig etwas ändern muss. So müssen u.a. Mentalitäten verändert werden und in eine selbstverständlich wahrgenommene Selbstverantwortung übergehen. Es müssen neue Kompetenzen zum Thema Daseinsvorsorge entwickelt werden. Die zentrale Frage ist, wie es geschafft werden kann, sich selbst in den Orten zu organisieren. Kenntnisse über Lösungen in anderen Regionen können hierbei eine Hilfe darstellen. Sie müssen bekannter gemacht werden, sodass die Möglichkeit gegeben ist, diese nachahmen zu können. Im Endeffekt soll aus der derzeitigen Überforderung eine langfristige Potenzialentwicklung werden.

*6. ... bedeutet Subsidiarität.*

Es gibt derzeit ein traditionelles Subsidiaritätsverständnis, das sagt, dass zunächst der Einzelne und seine Familie für Problemlösungen zuständig sind. Sollte dieser oder diese überfordert sein, dann sind der Staat oder ein Wohlfahrtsträger als verlängerter Arm des Staates zuständig.

Was tatsächlich gebraucht wird, ist das Grundprinzip des Subsidiaritätsgedankens, das besagt, dass die untere Ebene Vorrang vor der oberen hat. Das ist eine wichtige politische Implikation, über die lange nicht mehr nachgedacht wurde. Doch dieses Grundprinzip wird wieder gebraucht, denn Daseinsvorsorge ist ein Problem der Dorfgemeinschaft und nicht eines einzelnen Individuums. Folglich ist das Dorf als neue Ebene der subsidiarischen Eigenverantwortung zu verstehen. Es sollen den Orten die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst organisieren zu dürfen und Leistungen zu übernehmen, die bislang jemand anderes übernommen hat. Um das realisieren zu können, ist es wichtig, die Beweislastumkehr in allen Gesetzen zu verankern. D.h. die übergeordnete Ebene muss beweisen, dass sie es selbst besser kann und dass die Selbstorganisation der Gemeinde schadet.

*7. ... ist mehr als Ehrenamt*

Ehrenamt ist immer freiwillig. Dagegen beinhaltet Subsidiarität die eigene und gegenseitige Selbstverpflichtung sich zu helfen. Das bedeutet, verlässliche Strukturen zu organisieren. Damit sind jedoch nicht die informellen Strukturen, wie bspw. die Nachbarschaftshilfe gemeint.

*8. ... kann nur in einem Leistungsverbund funktionieren.*

Bürgerschaftliches Engagement funktioniert nur in einem Leistungsverbund mit Bürgern und professionellen Partnern (Wohlfahrtsträger, Pflegedienste, Verkehrsunternehmen, Einzelhändler etc.), die das Backup leisten müssen.

*9. ... benötigt eine Anmoderation in der Startphase.*

„Dort wo sich ein Pflänzchen bürgerschaftlichen Engagements regt, soll Hilfe angeboten werden.“ D.h. diejenigen, die Hilfe in Anspruch nehmen möchten, sollen diese bekommen. So kann es bspw. Unterstützung bei der Situations- und Bedarfsanalyse geben.

Zudem soll es möglich gemacht werden, den Engagierten vor Ort einen professionellen Moderator zur Seite zu stellen, um die Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. So eine Startmoderation kann eventuell als Wettbewerb ausgeschrieben werden.

*10. ... braucht regionale Rückgratorganisationen, Patenschaftsorganisationen oder Franchisegeber.*

Es ist möglich, Lösungen im Prinzip eines Franchisegebers zu entwickeln. Hierbei werden strukturierte Geschäftsmodelle vorgegeben, damit derjenige, der etwas vor Ort umsetzen möchte, es leichter hat ein Geschäft aufzubauen und zu führen. Wird das Prinzip auf die lokale Ebene übertragen, dann unterstützen diese vorgefertigten Lösungen die Bürger bei der Umsetzung. Denn warum sollten Bürger, die beispielsweise einen Bürgerbus organisieren wollen, selber ein Fahrplan- oder ein Buchungssystem betreiben. Dieses kann beispielsweise vom regionalen Verkehrsunternehmen bereitgestellt werden.

Eine Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen und professionellen Partnern aus verschiedenen Querschnittsbereichen ist Voraussetzung für ein gutes Gelingen. Die Menschen vor Ort können auf existierendes fundiertes Wissen und Knowhow in einer Region zurückgreifen und diese für ihre Zwecke nutzen. Wenn Unterstützungsleistungen im Sinne eines Franchisegebers zielgerichtet für Bürgeraktivitäten zur Verfügung gestellt würden und sie in diesem Sinne mit vorfabrizierten Lösungen unterstützt werden könnten, dann sind das Rückgratorganisationen, die auf breiter Front nachhaltig wirken können. Diese Profis können den Bürgern bei Fragen weiterhelfen, auf die sie selbst keine Antworten haben. Das können u.a. sein:

- > Kapitalbeschaffung
- > Erfahrungswissen vermitteln
- > Juristische Beratung bei Gründungsprozessen
- > Kooperationspartner und Finanzierungspartner durch Rahmenverträge einbinden
- > Geschäftsführungsunterstützung

Eine Voraussetzung ist natürlich der Wille solcher Organisationen bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen.

Rückgratorganisationen wären eine wirkliche Innovation im öffentlichen Handeln. Diese können systematisch aufgebaut und für typische Geschäftsmodelle einer bürgerschaftlichen Selbsthilfe bereitgestellt werden.

*11. ... braucht eine durchdachte Finanzierung und einen Vertrauenszuschuss*

Um als Geschäftsmodell nachhaltig funktionieren zu können, braucht es eine gut durchdachte Finanzierung. Mit Vorhaben des bürgerschaftlichen Engagements wollen die Menschen vor Ort etwas kompensieren, was zuvor am Markt nicht funktioniert hat. Es ist nicht möglich, alles mit ehrenamtlichen Stunden zu kompensieren, sondern benötigt (noch) ein Stück weit Unterstützung. Um das zu realisieren, müssen die bürgerschaftlichen Unternehmen als Träger anerkannt werden, was ihnen die Möglichkeit bietet Zugang zu Subventionen zu erhalten. Das ist zum einen über eine Anerkennung als eigenständiger Träger oder in Kooperation mit als Träger anerkannter Unternehmen möglich.

Diese Frage bietet eine Menge Streitpotenzial, denn die etablierten Träger werden am Können und an der Gewährleistung der Standards zweifeln. Ein ernst gemeinter Vertrauensvorschuss in bürgerschaftliche Aktivitäten ist daher unabdingbar: „Natürlich können sie das. Sie können

das anders.“ Sie können das mit Empathie und Nähe häufig besser als über professionelle Strukturen mit der Distanz zu den Bürgern vor Ort.

12. ... ist ein langfristiges Entwicklungsprogramm.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Entwicklungsprogramm, was tief in den Gesellschaftsaufbau hinein reicht und in die sektoralen Leistungsgesetze eingreift, was an vielen Stellen eine Veränderung benötigt und langfristig angelegt ist.

## 4. Diskussion in den Arbeitsgruppen

---

Die Teilnehmer/-innen hatten die Möglichkeit sich einer von fünf Themengruppe zuzuordnen, in denen folgende Themen diskutiert wurden:

- > Infrastruktur / Mobilität
- > Kommunale Herausforderungen
- > Bürgerengagement
- > Soziale Infrastruktur / Kultur
- > Wirtschaft im Ländlichen Raum



Abb. 10: *Impressionen der Arbeitsgruppen*

Anschließend wurden die Ergebnisse dem Plenum vorgestellt und diskutiert.



Abb. 11: *Impressionen der Ergebnisvorstellung und Diskussion*

### 4.1 AG Infrastruktur und Mobilität

Einführung in die Diskussion: Gerhard Loecker

- > Was bleibt neben der Schülerbeförderung überhaupt noch übrig?
- > Um welche Zielgruppen müssen wir uns kümmern und wen müssen wir künftig befördern?
- > Land M-V Teil des Forschungsprojektes INMOD (Revitalisierung des ÖPNV im ländlichen Raum durch intermodale Angebote)
- > Es ist davon auszugehen, dass das was in MV funktioniert, überall funktioniert



- > Motto sollte lauten: vernetzten statt ersetzen und nicht mehr in einzelnen Sparten denken

---

Vorstellung der erarbeitete Handlungsempfehlungen: Gerhard Loecker

- > Mobilität ohne PKW (Zielgruppen sind Leute, die ihren PKW nicht nutzen wollen bzw. nicht mehr können, um weitere Abwanderungen zu verhindern)
- > Erhalt des ÖPNV für alle, die den benötigen
- > „Gemischtwarenhandel“ für eine breite Angebotspalette
- > Vernetzten statt ersetzen
- > Maßanzüge statt Rezepte
- > Keine starren Lösungen >>> bedarfsorientierte Lösungen
- > Individualverkehr in den ÖPNV einbinden (z.B. Mitfahrzentralen, Carsharing, etc.)
- > Bürgerbusse fördern
- > Einführung eines Systemintegrators (jemand der die Angebote zusammenbringt)
- > Einrichtung einer Mobilitätszentrale (logistische Vernetzung von Individualverkehr und ÖPNV)
- > Garantiert mobil à la Hessen als Beispiel

---

Anmerkungen / Ergänzungen:

- > Breitbandausbau als technische Voraussetzung für das Funktionieren neuer Mobilitätsmodelle (z.B. Koordination der Mobilitätszentralen)
- > Dezentrale Energieversorgung in die Dörfer bringen >>> autarke Energieversorgung
- > Standards: Sollen bzw. müssen diese in den peripheren Räumen aufrechterhalten werden? >>> angepasste Standards in verschiedenen notwendigen Bereichen (Wasser-, Abwasserversorgung, Straßenbaunormen, etc.)
- > Gestaltungsraum als Raum zum Testen >>> z.B. Ideen entwickeln und testen, wie Standards reduziert werden können
- > Standarderprobungsgesetz (nur Landesstandards) >>> Lockerung der Vorgaben unter Einbeziehung der Menschen vor Ort und die Frage, welche Standards sie überhaupt haben wollen
- > Gefördert wurde bisher ein Ausbau und nicht ein Erhalt der Infrastruktur (Entstehung höherer Unterhaltungskosten) >>> Änderung vorgesehen
- > Grundzentren stärken, um weitere Abwanderungen zu verhindern und Zuzug zu fördern

---

Kommentar: Hans Schommer

- > Mobilität erschließt Lebensräume
- > Standards im ÖPNV können nicht aufrechterhalten werden >>> Alternativen müssen gefunden werden (z.B. Bürgerbus, -taxi, etc. als guter Weg)
- > Bürgerschaftlichen Engagement ist unabdingbar

- > Alternative, ökonomische Bedienmodelle sind zu entwickeln
- > Vernetzung und Kommunikation von Bereitstellern ist notwendig

## 4.2 AG Kommunale Herausforderung

Einführung in die Diskussion: Ralf Gottschalk

- > Schrumpfung: Was soll überhaupt erreicht werden?
- > Wirtschaftsförderung: Bestandsunternehmen unterstützen / Industrie siedelt sich nicht an >>> Bestandspflege hat eine große Bedeutung
- > Zentrale Orte >>> vertrauensvolle Perspektive und Möglichkeiten schaffen um Landflucht zu verhindern
- > Weitere Vernetzung von SUR
- > Identitätsstiftend: „Meine Stadt. Mein Land“ >>> Motivation und Vertrauen in die Zukunft aufbauen und Gestaltungsräume schaffen
- > Verkürzung der Bindefristen für Fördermittel (derzeit: 25 Jahre / wenn etwas vorher zurückgebaut wird, müssen Fördermittel zurück gezahlt werden)
- > „Wir müssen einen längeren Atem“ bei Projekten und deren Tragfähigkeit haben

---

Vorstellung der erarbeitete Handlungsempfehlungen: Lutz Scherling

- > Stärkung der Grund- und Mittelzentren
- > Funktionalreform mit Aufgabenkritik
- > Unterstützung von fachübergreifender Kooperation
- > Einforderung von Freiräumen für bürgerschaftliches Engagement
- > Fehlende Übereinstimmung ländlicher Siedlungsstruktur mit den heutigen Gegebenheiten >>> Strukturen im Ländlichen Raum erhalten
- > Mut zur Anpassung (manchmal auch Reduzierung und Umnutzung) >>> Einbeziehung der Bürger in Fragen um Mindeststandards

---

Anmerkungen Plenum:

- > Umbau von Bestand / leerstehenden Gebäuden (insbesondere für Wohngebäuden der DDR) >>> Umbauprogramm Dorf bzw. Ländlicher Raum
- > Barrierefreiheit bei Umbau stellt häufig ein Problem dar
- > Vorhandene brachliegende Infrastruktur nutzen (z.B. FFW für Transport von Patienten, u.a.)
- > Regionsübergreifende und interkommunale Kooperation >>> Aufbau von Kooperationsstrukturen
- > Autarkie ist nicht das Ziel
- > Schrumpfung gestalten >>> Umbau als Chance für Gestaltung sehen
- > In Bezug zu LRmbdH die Frage klären: Was soll in diesen Räumen erreicht werden?
- > Stärkung der Grundzentren als wichtige Voraussetzung

- > Standards heruntersetzen >>> Akzeptanz für Reduzierung von Standards steigern
- 

Kommentar: Prof. Dr. Peter Adolphi

- > LEADER ist bereits ein guter Ansatz zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement
- > Konkretes Angebot der Landesregierung, welches Flexibilität zulässt (z.B. Begleitung, Moderation), als Voraussetzung
- > Austausch zwischen Dörfern und Städten stärken und vertiefen
- > Ideen für Interessierte verfügbar machen >>> Ideenpool einrichten

### 4.3 AG Bürgerengagement

Einführung in die Diskussion: Eva-Maria Mertens

- > Menschen vor Ort und ihre Interessen sind wichtig und müssen ernst genommen werden
  - > Fragen klären:
    - >>> Wo gibt es bereits gute Beispiele bürgerschaftlichen Engagements? Lassen sich diese auf M-V übertragen?
    - >>> Wie kommt es, dass manche Menschen in diesen Räumen aktiv werden und andere nicht?
    - >>> Welche Charaktereigenschaften haben diese Menschen?
- 

Vorstellung der erarbeitete Handlungsempfehlungen: Eva-Maria Mertens

- > Bürgerschaftliches Engagement braucht eine Rückgratorganisation
    - >>> mit Mensch im Hintergrund, die helfen / an die man sich wenden kann
    - >>> die vor Ort erreichbar ist und lokale Kenntnisse aufweist
    - >>> die mit Personal- und Sachkosten ausgestattet ist
    - >>> die Beratungs- und Unterstützungskompetenz bündelt
  - > Bedarfe herausfinden
  - > Projekte der Fläche bekannt machen
  - > Gezielte Anreize für Freistellungen schaffen: zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben
- 

Anmerkungen / Ergänzungen des Plenums:

- > Vernetzten ist wichtige Voraussetzung, um über den „Tellerrand“ hinauszuschauen
- > Fragen klären:
  - >>> Wie kann man bürgerschaftliches Engagement in gesellschaftlich relevante Bereiche bringen?
  - >>> Wo kommen die Leute für das bürgerschaftliche Engagement her?
  - >>> Wie bewegen wir engagierte Leute dazu in solche Regionen zu ziehen?

- > Ehrenamt benötigt trotzdem Hauptamt, denn der Staat kann sich nicht überall herausnehmen
- > Finanzielle Stabilität muss gegeben sein
- > Andere Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements müssen geschaffen werden
- > Wichtige Grundlage: Leute müssen motiviert werden >>> dafür braucht es Menschen mit guten kommunikativen Fähigkeiten, die Leute vor Ort mobilisieren können
- > Die zeitliche Komponente stellt eine wichtige Voraussetzung da >>> Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und somit bürgerschaftlichem Engagement ist unabdingbar
- > Fehlende Fachkräfte: Es braucht Leute, die das Organisatorische übernehmen und andere Leute dafür gewinnen sich zu engagieren.

---

Kommentar: Robert Junge

- > Die Zeit jedes Einzelnen für das bürgerschaftliche Engagement ist überschaubar / begrenzt.
- > Administrative Aufgaben müssen von einer Organisation übernommen werden
- > Eine kritische Masse muss vorhanden sein, um bürgerschaftliches Engagement umsetzen zu können
- > Herzblut und Engagement sind grundlegende Voraussetzungen
- > Ein gründungsfreundliches Umfeld muss gegeben sein.
- > Ein Ideenpool für Modelle von funktionierendem bürgerschaftlichen Engagement muss geschaffen werden

#### **4.4 AG Soziale Infrastruktur / Kultur**

Einführung in die Diskussion: Andreas Willisch

- > Es geht um Akteure, Themen und Initiativen, die Impulse für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung geben und Entwicklungen anstoßen
- > 1. Thema: Entwicklungsinitiativen, die aus Aktivitäten des sozialen Engagements hervorgegangen sind: neue Kulturstandorte als kreative Knotenpunkte / Landmarken
- > 2. Thema: Künstler als Transformationsagenten
- > Kreative Quartiere entwickeln

---

Vorstellung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen: Prof. Dr. Henning Bombeck

- > Kulturelle Impulse wahrnehmen und entwickeln
- > Best-Practice-Pool erstellen und Erfahrungsaustausch fördern
- > Dorfgemeinschaft und -identität entwickeln
- > Feste gemeinsam feiern
- > Vernetzung zwischen den Helfenden
- > Kontinuität gewährleisten
- > Offene und multifunktionale Häuser etablieren

- > Strukturierte Ziele definieren, die Qualität haben
- > Alleinstellungsmerkmale erarbeiten

---

Kommentar: Helmuth Freiherr von Maltzahn

- > Es besteht die Gefahr der Verkarstung der Dörfer und Anonymisierung auf dem Land
- > Wie müssen die Dorfgemeinschaft und das Zusammenleben stärken.
- > Das gemeinschaftliche Verständnis muss gestärkt werden.
- > Wie sollten Feste gemeinsam feiern, um die Menschen von nebenan kennenzulernen.
- > Viele Gemeinden sind thematisch überfordert und damit beschäftigt lediglich abzuarbeiten statt Dinge neu zu entwickeln
- > Wir müssen ein Alleinstellungsmerkmal herausarbeiten

#### **4.5 AG Wirtschaft im Ländlichen Raum**

Einführung in die Diskussion: Prof. Dr. Gerald Braun

- > Es gibt 3 Raumkategorien
  - >>> Wachstums- und Innovationsräume
  - >>> Stagnationsräume
  - >>> Schrumpfungsräume
- > Die Anwendung des Gießkannenprinzips bei der Förderung ist nicht sinnvoll >>> Konzentration auf die Oase und nicht auf die Wüste >>> je mehr die Oase entwickelt wird, desto mehr profitiert die Wüste davon
- > Wir sollten in Köpfe investieren und nicht in materielle Infrastruktur
- > Raumpioniere sollten unterstützt und gefördert werden.

---

Vorstellung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen:

- > Bei der Förderung: Konzentration auf Schwerpunkte
- > Erhalt von Strukturen in ländlichen Räumen >>> Versorgungssicherheit / Grundversorgung ist wichtig
- > Schwerpunkt der Versorgungssicherheit: Energie- und Breitbandausbau >>> bezahlbare Lösungen
- > Alle Formen unternehmerischer Aktivität unterstützen und erhalten sowie wissenschaftlich begleiten,
- > Staat als Begleiter produktiver Prozesse zur Stärkung der Nachhaltigkeit
- > Land-, Energiewirtschaft und Tourismus aus dem Spannungsfeld nehmen
- > Ressourcen als Chance sehen

---

Anmerkungen / Ergänzungen des Plenums:

- > Gesenkter Energiepreis / -kostensatz für Unternehmen, um Wirtschaftsstruktur zu stärken

- > Erreichung eines Verallgemeinerungsgrads durch wissenschaftliche Begleitung
- > Staat als Begleiter und nicht als Organisator
- > Bildung: Anerkennung von Abschlüssen (v.a. aus Polen) zur Fachkräftegewinnung
- > Unternehmerische Bildung in Schulen als Chance
- > Industrielle Landwirtschaft verschärft die negativen Effekte des demografischen Wandels
- > Räume zum Experimentieren schaffen und Alternativen in der Landwirtschaft ausprobieren (z.B. solidarische Landwirtschaft)
- > Landwirtschaft bleibt dennoch bedeutender Arbeitgeber (insbesondere die Landwirte, die vor Ort verankert sind, in den Dörfern leben und sich in die Region einbringen)
- > Spannungsfeld zwischen Tourismus und Landwirtschaft entflechten
- > Breitband ist eine wichtige Voraussetzung zur wirtschaftlichen Entwicklung

---

Kommentar: Bernd Gierke

- > Bildungsorientierte Regionalentwicklung >>> Investition in die Menschen
- > Unternehmerische Bildung in der Schule
- > Arbeit gegen gutes Entgelt ist im ländlichen Raum selten gegeben >>> trotz Fachkräftemangels ist das Lohnniveau zu niedrig, um Arbeitnehmer in die Region zu ziehen und zu halten
- > Alle Projekte auf Nachhaltigkeit und die Frage auf Stärkung der regionalen Wirtschaft prüfen
- > Rahmenbedingungen für Zuwanderung verbessern: Willkommenskultur schaffen und Anerkennung von Abschlüssen
- > Thema Schule: Alternativen /freie Schulen entwickeln >>> wenn Schulstandorte geschlossen werden, ziehen Eltern mit Kindern nicht in die Region

## 4.6 Prioritätensetzung

Um eine Schwerpunktsetzung der Handlungsempfehlungen zu erreichen, wurden die Teilnehmenden gebeten, Punkte auf die jeweiligen Empfehlungen zu verteilen. Jeder hatte drei Punkte zur Verfügung und konnte diese nach seinen Interessen verteilen.



Abb. 12: *Impressionen der Prioritätensetzung*

Mobilität		Kommunale Herausforderungen		Bürgerliches Engagement		Kultur / soziale Infrastruktur		Wirtschaft in ländlichen Räumen	
Handlungsansätze	Punkte	Handlungsansätze	Punkte	Handlungsansätze	Punkte	Handlungsansätze	Punkte	Handlungsansätze	Punkte
Erhalt für alle, die den ÖPNV nicht mehr haben	0	Mut zur Anpassung der ländlichen Siedlungsstruktur an aktuelle Herausforderungen	3	Rückgratorganisationen vor Ort mit Personal und Sachkosten, Beratungs- und Unterstützungskompetenzen gebündelt	13	Kulturelle Impulse wahrnehmen und unterstützen	3	Akademie für Entwicklung ländlicher Räume: Kompetenzteam zur wirtschaftlichen Entwicklung >>> Hilfe auf Antrag	13
Reicht das Angebot aus?	0	Stärkung der Grund- und Mittelzentren in ihrer Umlandfunktion	5	Bedarfe herausfinden	1	Best-practice-pool und Erfahrungsaustausch	4	Unternehmerische Bildung in der Schule	6
Mobilität außerhalb des PKW	0	Fachbereichsübergreifende Kooperationen	3	Projekte der Fläche bekannt machen	0	Dorfgemeinschaft und Identität entwickeln	3	Rahmenbedingungen für Zuwanderung verbessern („Willkommenskultur“)	3
Vernetzen statt ersetzen	0	Funktionalreform mit Aufgabenkritik	4	Gezielte Anreize für Freistellung / Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben	1	Feste gemeinsam feiern	3	Klarheit: Gießkannenprinzip zielführend – auf Schwerpunkte konzentrieren	0
Mehrstufig, differenziertes Bedienmodell	0	Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliches Engagement	13			Vernetzung zwischen den Helfenden	1	Erhalt von Strukturen von ländlichen Räumen – Versorgungssicherheit, Grundversorgung	4
Gemischtwarenladen mit breiter Angebotspalette	0					Wir brauchen Kontinuität	0	Schwerpunkt: Versorgungssicherheit >>> Energie, Information (Breitbandausbau!)	4
Systemintegrator	4					Offene und multifunktionale Häuser	1	Alle Formen unternehmerischer Aktivität unterstützen und erhalten sowie wissenschaftlich begleiten	0
Mobilitätszentralen-Telefon-Nummer	5					Wir brauchen strukturiert definierte Ziele, die Qualität haben	1	Staat als Begleiter produktiver Prozesse zur Stärkung der Nachhaltigkeit	0
Individualverkehr – den ÖPN einbinden	0					Alleinstellungsmerkmale erarbeiten	3	Landwirtschaft / Energiewirtschaft und Tourismus aus Spannungsfeld nehmen!	0
Keine Starren Lösungen – bedarfsorientiert	2							Ressourcen als Chance sehen	0
Garantiert mobil à la Hessen	0								
Keine Rezepte – Maßanzüge!	0								

## Anhang

---

Anhang I	Teilnehmerliste
Anhang II	Präsentation Christian Pegel
Anhang III	Präsentation Hermann Brinkmann



## Anhang I – Teilnehmerliste

Adolphi, Prof. Dr. Peter	Vorstand der Akademie für nachhaltige Entwicklung M-V
Aring, Prof. Dr. Jürgen	Projektleiter Städtetzwerk beim VHW Berlin
Böck-Friese, Annette	Bauamtsleiterin Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Bombeck, Prof. Dr. Henning	Leiter Institut Siedlungsgestaltung an der HS Rostock
Braun, Prof. Dr. Gerald	Abteilungsleiter Institut HIE-RO an der HS Rostock
Brinkmann, Hermann	Referatsleiter Energieministerium M-V
Christiansen, Rolf (angefragt)	Landrat Landkreis Ludwigslust-Parchim
Dehne, Prof. Dr. Peter	Leiter des FG Bau- und Planungsrecht an der HS Neubrandenburg
Dieckmann, Helge	Geschäftsführer Agrargenossenschaft Brunow e. G.
Eifler, Dietmar (angefragt)	MdL, CDU-Fraktion, Vorsitzender Wirtschaftsausschuss
Faller, Bernhard	Leiter Büro Quaestio
Fitschen, Arp	Referent Städte- u. Gemeindetag M-V
Gierke, Bernd	Geschäftsführer SMA Nord-Ost GmbH Torgelow
Gottschalk, Ralf	Bürgermeister Stadt Torgelow
Gutgesell, Dennis	Beigeordneter Landkreis Vorpommern-Greifswald
Guzu, Stefan	Bürgermeister Gemeinde Ivenack
Heydorn, Jörg	MdL, SPD-Fraktion, Leiter der Enquetekommission
Hoffmann, Prof. Dr. Wolfgang	Leiter Institut für Community Medicine an der HS Greifswald
Holter, Bernd	Leiter Breitbandkompetenzzentrum M-V
Jaeger, Johann-Georg (angefragt)	MdL, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Parlamentarischer Geschäftsführer
Junge, Robert	Verein K.E.S.S. e. V. Görmin (Kinder, Erziehung, Schule, Spielen)
Kaiser, Klaus-Dieter	Leiter der evangelischen Akademie der Nordkirche in Rostock
Klingohr, Jörg	Moderator, Leiter Wirtschaftspsychologisches Institut Golchen Hof
Laschewski, Prof. Dr. Lutz	Lehrbeauftragter Lehrstuhl sozialwissenschaftliche Umweltfragen TU Cottbus
Lietz, Frauke	Projektleiterin Frauenbildungsnetz M-V e. V.
Lindenau, Ute	Bürgermeisterin Lübbtheen
Loecker, Gerhard	Lehrbeauftragter ÖPNV an der TU Braunschweig
Luschinetz, Prof. Dr. Thomas	Leiter Institut für Regenerative Energien an der HS Stralsund
Maltzahn, Helmuth Freiherr von	Inhaber Schloss und Gut Ulrichshusen
Mertens, Eva-Maria	Vorsitzende Landesfrauenrat M-V e. V.
Metelmann, Prof. Dr. Dr. Hans-R. (angefragt)	Leiter Perspektivkommission Mensch und Land
Meyer, Berthold	Bürgermeister Gemeinde Bollewick
Meyer-Klette, Dr. Monika	Koordinatorin Projekt "Bürgerhafen" des Pommerschen Diakonievereins e. V.
Neu, Prof. Dr. Claudia (angefragt)	Professur Soziologie u.a. an der HS Niederrhein
Nienkam, Regina	Geschäftsführerin Sternberger Wohnungsbaugesellschaft mbH
Nübel, Bernd	Abteilungsleiter Staatskanzlei M-V
Onnen-Weber, Prof. Udo	Leiter Kompetenzzentrum ländliche Mobilität an der HS Wisamr
Pegel, Christian	Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung M-V
Sack, Michael	Bürgermeister Stadt Loitz u. Kreistagspräsident Landkreis Vorpommern-Greifswald
Säwert, Lothar	Abteilungsleiter Energieministerium M-V
Scheer, Dirk	Sozialdezernent Landkreis Vorpommern-Greifswald
Scherling, Lutz	Leiter AG "Daseinsvorsorge und Normen" Demografiestrategie Bundesregierung
Schmidt-Kaden, Petra	Referatsleiterin Energieministerium M-V
Schommer, Hans	Bürgermeister Gemeinde Hohenbollentin
Schubert, Wolfgang (angefragt)	Leiter Ukranenland Torgelow
Seidel, Jürgen (angefragt)	MdL, CDU-Fraktion, stv. Vorsitzender Energieausschuss
Sternberg, Stefan (angefragt)	Bürgermeister Stadt Grabow
Strobel, Frank	Geschäftsführer Wasser- und Abwasserzweckverband Demmin/Altentreptow
Tack, Prof. Dr. Fritz	MdL, Fraktion Die Linke, Vorsitzender Agrarausschuss
Toben, Susan	Referentin Energieministerium M-V
Ulbrich, Ina-Maria	Staatssekretärin Energieministerium M-V
van de Laar, Hans-Kurt	Referent Landkreistag M-V
Wehner, Steffen	Pressesprecher Energieministerium M-V
Wien, Thomas	Abteilungsleiter Sparkasse Parchim-Lübz
Willisch, Andreas	Vorstand Thünen-Institut für Regionalentwicklung Bollewick

Anhang II – Präsentation Christian Pegel



**Mecklenburg  
Vorpommern**  
Ministerium für Energie,  
Infrastruktur und Landesentwicklung

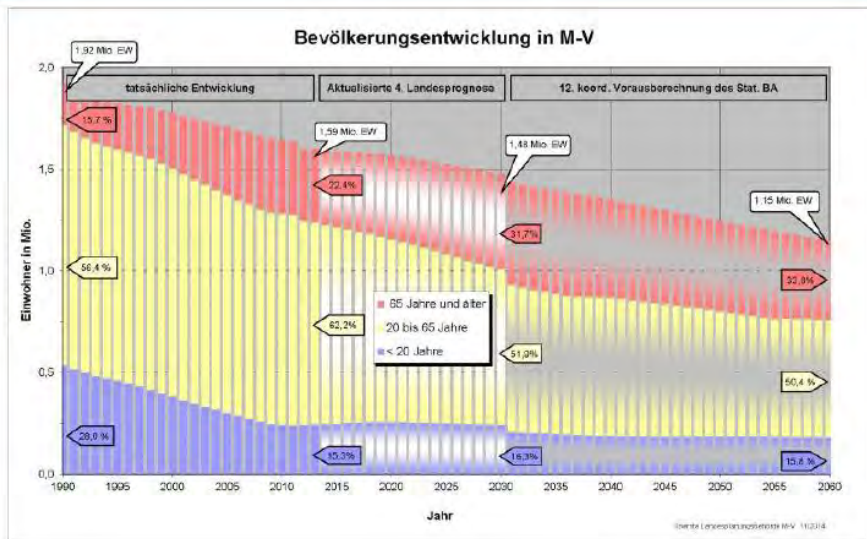
**Handlungsansätze für strukturschwache Ländliche  
Räume in Mecklenburg-Vorpommern**

Christian Pegel 9. Dezember 2014

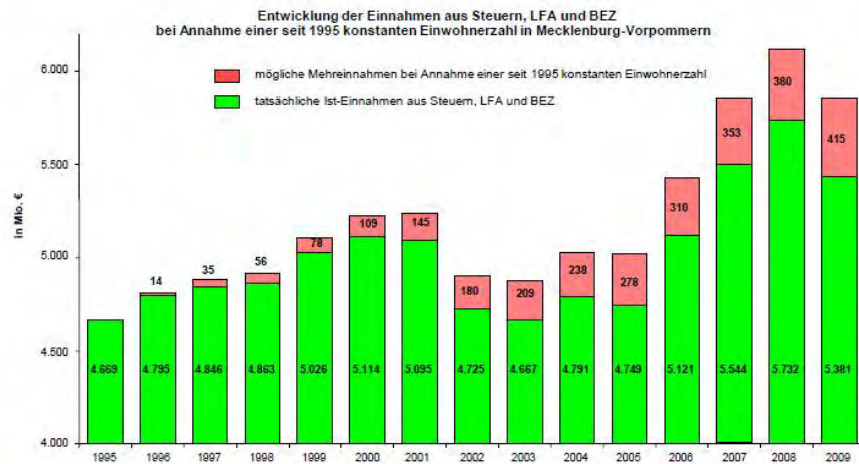
## Gliederung

- **Begrüßung**
- **Herausforderung Landesentwicklung**
- **Was tun?**
- **Meine Wünsche an die Veranstaltung**

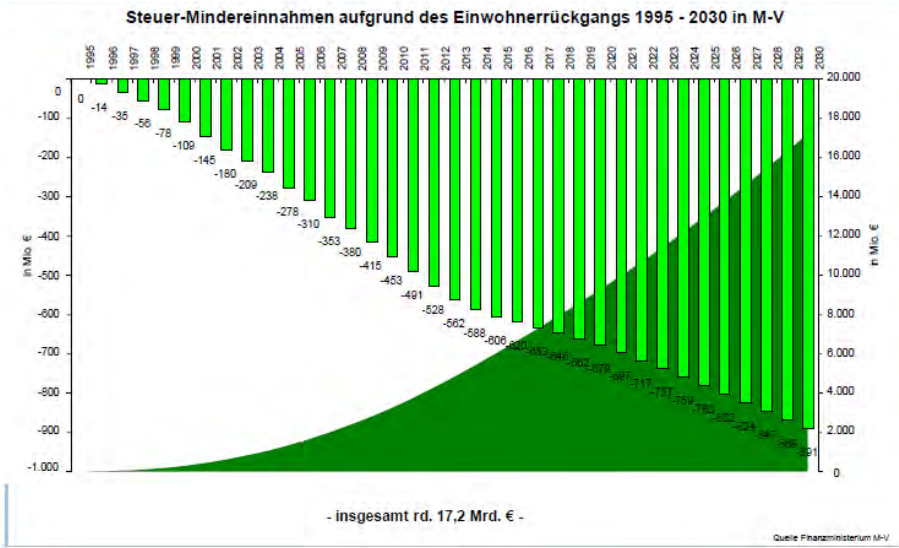
## Herausforderung „Demografie“



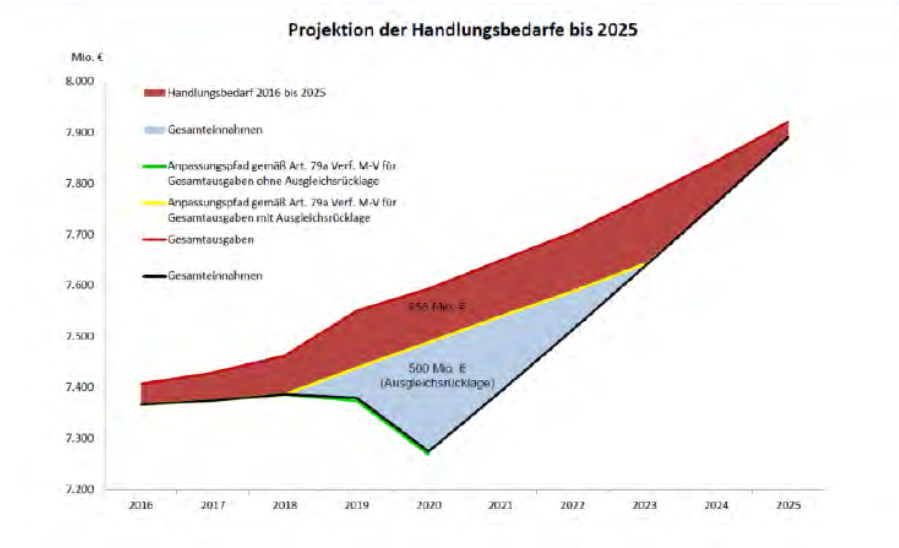
## Herausforderung „Finanzen“ 1



## Herausforderung „Finanzen“ 2



## Herausforderung „Finanzen“ 3



## Was tun? - Thesen -

- **M-V hat 5 Jahre Zeit um „die Weichen“ neu zu stellen** (Thema Finanzen)
- **Die Regionen in M-V werden sehr unterschiedlich betroffen sein** (Verschärfung Regionaler Disparitäten)
- **Strukturschwache Ländliche Räume wird es zuerst und am stärksten treffen**
- **Wir können den Strukturwandel „passiv erleiden“ oder „aktiv gestalten“**

- 8 -



## Was tun? - Vorschläge -

1. **„Gleichwertigkeitsgrundsatz“ akzeptieren** (§ 1 ROG)
2. **Strukturschwache LR im Landesmaßstab definieren** (LRmbdH im Entwurf des LEP 2015)
3. **Handlungsansätze für diese Räume entwickeln**  
(Ziel der heutigen Veranstaltung)
4. **und diese dann dort vor Ort umsetzen**  
(Experimentierraum)
5. **Leitthemen: Infrastruktur, Regionale Wertschöpfung und Bürgergesellschaft**

- 9 -



## Was tun? - LRmbdH im LEP 2015 -



## Meine Wünsche an die Veranstaltung:

- **Meinungsbild: Sehen Sie in LRmbdH eine Chance oder ein Stigma?** (Stellungnahmen zum LEP zeigen diffuses Bild)
- **Ich benötige 10 konkrete Handlungsansätze für die LRmbdH!** (als Beispiele im LEP für die 2. Beteiligung und als Ansatz für die Ressorts, aber auch die kommunale Ebene)
- **„Denkblockaden“ werden heute an der Garderobe abgegeben** (Hemmnisse wie „nicht normgerecht, Anfangsinvestition zu teuer, unpopulär, bürokratische Hürden, keiner der es umsetzen will“ etc. werden ausgeblendet! „Kreatives Spinnen“ ist ausdrücklich erwünscht!)

Anhang III – Hermann Brinkmann

**Mecklenburg Vorpommern**  
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

**Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen**

**Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen**

Hermann Brinkmann Schwerin, 9. Dezember 2014

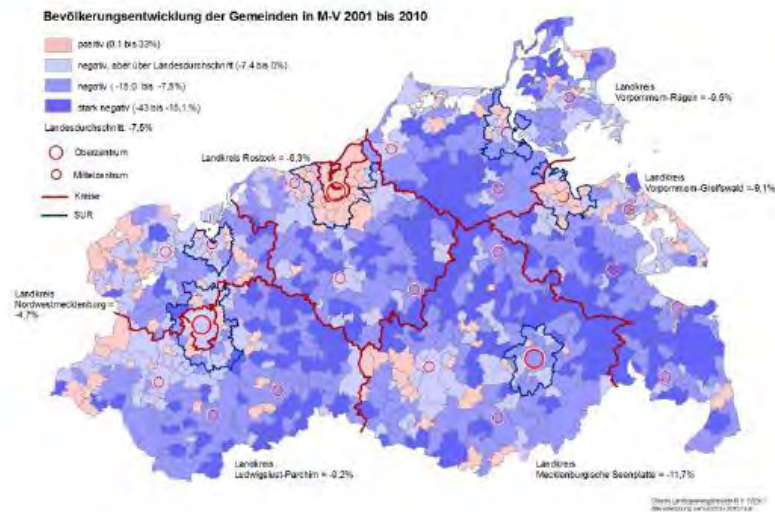
## Gliederung

### Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen\*

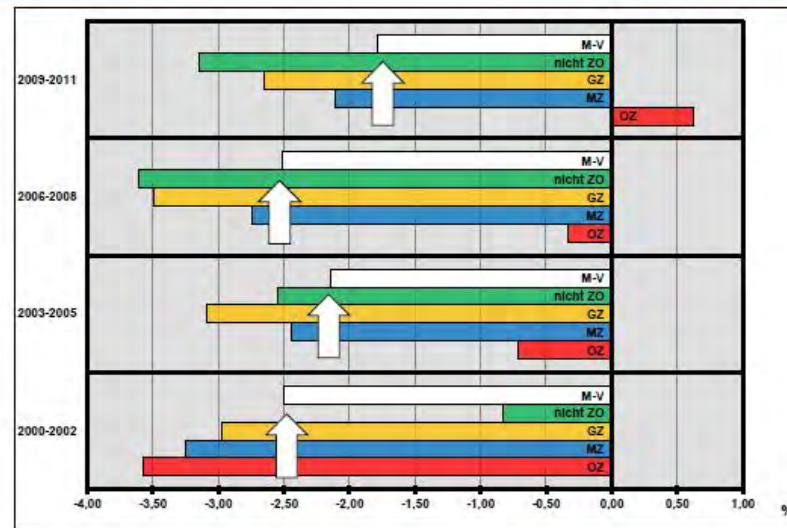
- Demografischer Wandel
- Raumkategorien
- Methodik
- Ergebnisse

\* Arbeitstitel

## Demografischer Wandel EW-Entwicklung der Gemeinden



## Demografischer Wandel EW-Entwicklung nach ZO-Status





## Raumkategorien

**Definition:**

„**Raumkategorien** (Raumtypen, Gebietstypen, Gebietskategorien, Raumstrukturtypen) sind nach bestimmten Kriterien abgegrenzte Gebiete, in denen vergleichbare Strukturen bestehen und in denen die Raumordnung gleichartige Ziele verfolgt.“



## Raumkategorien Festlegungen in M-V

Ländliche Räume mit besonderen demographischen Herausforderungen

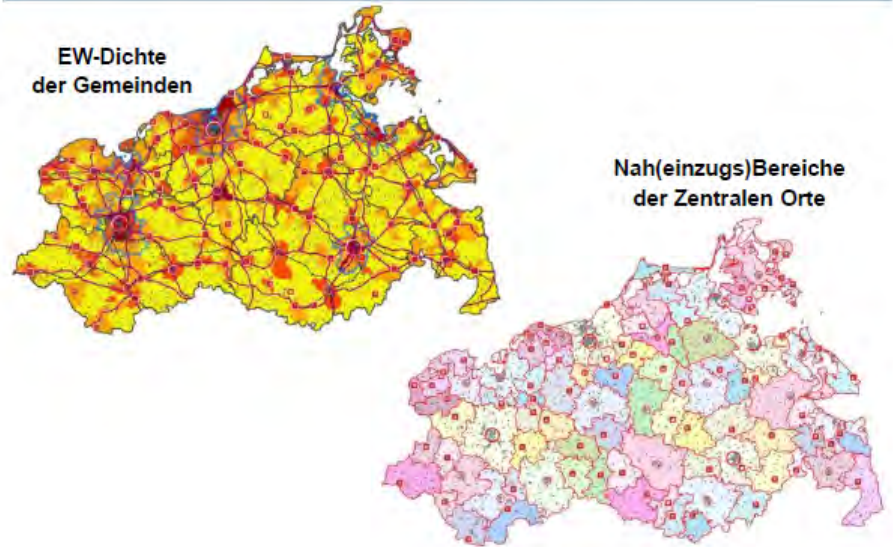


**Stadt-Umland-Räume:**  
 Strategie: **Ordnung**  
 Ansatz: Kooperation

**Ländliche Räume:**  
 Strategie: **Entwicklung**  
 Ansatz: in-Wert-setzen der spez. Potentiale

**LRmbdH (neu):**  
 Strat.: **Stabilisierung**  
 Ansatz: Kooperation und Flexibilisierung

## Methodik räumliche Analysebasis der LRmbdH



## Methodik Kriterien zur Festlegung LRmbdH

Nr.	Kriterium	Berechnung	Indikator für...
1	EW-Dichte	EW / km <sup>2</sup> (EW)	Tragfähigkeit der Infrastruktur
2	EW-Entwicklung	EW-Entwicklung 12/2006 bis 12/2010 (EW)	demografische Entwicklung
3	Frauendefizit	Frauen im Alter 15-45 / Männer im Alter 15-45 (%)	Geburtenpotential
4	Seniorenanteil	EW 65 u. älter / EW (%)	Altersstruktur
5	Zuwanderung	Zuzug über die Landesgrenze nach M-V / 1.000 EW (EW)	Attraktivität der Region
6	Kaufkraft	Kaufkraft / EW (€)	Wohlstand
7	Beschäftigte	Soz.Vers.Pflich. Beschäftigte am Wohnort / EW (%)	Wirtschaft / Arbeitskräfte

DOKUMENTATION | Handlungsansätze für strukturschwache Ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern

Nr.	Nahbereich	EW / km²	Ranking EW Dichte	EW-Entw. 2006-10 EW-Entw. (%)	Ranking EW-Entw. 2006-10	Frauen 16-46 / Männer	Ranking Frauen/Defizit	EW 65 u. über / EW (%) Seniore	Ranking EW 65 u. über	Zuzüge / 1.000 EW	Ranking Zuzüge	Kaufkraft / EW (K) Kaufkraft	Ranking Kaufkraft	SVB WO / EW (%)	Ranking SVB	Ranking Summe
88	Hardenbergshof	25,5	85	-7,6	88	-20,4	80	24,3	83	10,9	80	12.816	93	28,7	9	800
89	Priestow, Stadt	33,8	79	-9,8	96	-28,4	96	22,4	93	9,0	88	13.332	86	30,4	83	881
94	Thoresow, Stadt	28,7	86	-6,4	93	-18,3	71	25,2	89	11,6	71	13.377	85	29,6	96	881
93	Dücherrau	22,3	86	-6,8	81	-21,4	86	22,6	87	11,4	74	12.549	94	29,0	89	877
92	Jarmen, Stadt	44,1	56	-7,1	83	-20,1	79	23,6	74	9,3	86	12.462	95	28,3	93	898
91	Groven, Stadt	26,5	88	-5,5	61	-17,3	64	24,9	87	12,0	68	13.028	90	29,4	87	846
90	Maschin, Stadt	46,8	51	-7,5	86	-21,8	87	24,3	84	9,1	87	14.061	66	30,4	82	842
87	Lübb, Stadt	40,2	65	-6,6	79	-19,9	78	22,4	51	8,0	94	12.997	91	31,2	76	894
86	Stenning, Stadt	36,8	75	-6,1	69	-25,3	91	23,4	71	9,7	84	14.492	52	31,1	77	820
87	Wolfsberg, Stadt	25,4	91	-8,2	92	-20,8	84	21,9	41	12,3	65	13.541	78	31,9	66	819
86	Anklam, Stadt	40,5	64	-6,3	74	-16,7	61	24,6	86	11,6	70	13.668	76	29,4	88	818
85	Feldberger Seenlandsch.	22,6	95	-6,0	68	-27,0	93	24,6	86	17,2	30	14.154	61	30,2	84	877
84	Urkow am See, Stadt	24,6	93	-7,0	82	-18,3	70	24,1	80	13,5	66	13.919	69	32,2	65	816
83	Milow, Stadt	25,3	92	-6,7	80	-20,7	81	25,8	92	17,0	32	14.829	48	31,5	72	487
82	Göteborg, Stadt	31,4	83	-7,9	90	-20,7	82	22,5	66	11,2	76	14.428	66	33,7	52	484
81	Altenhofen, Stadt	38,7	70	-7,6	87	-20,6	86	21,3	33	8,2	93	13.710	74	33,7	5	483
80	Ueckermünde, Stadt	42,9	58	-4,7	51	-27,2	94	22,6	58	13,8	52	13.308	87	28,5	92	482
79	Gützkow, Stadt	49,1	46	-7,3	84	-19,6	76	22,6	60	8,9	89	13.390	84	34,0	48	487
78	Stralsburg (Uckermark)	81,5	31	-8,9	95	-3,8	7	25,6	91	11,1	79	13.281	88	26,3	95	486
77	Diermn, Hansestadt	47,1	50	-6,3	71	-10,5	20	24,1	81	7,7	96	13.337	79	29,8	85	481
76	Birde, Stadt	32,6	81	-8,9	94	-19,8	77	20,9	26	11,1	78	14.011	66	33,7	63	474
75	Bad Sülze, Stadt	26,2	89	-8,1	91	-15,5	53	23,2	68	13,5	58	14.157	59	33,5	56	474
74	Pranitzburg, Stadt	37,1	74	-7,7	89	-11,8	30	23,1	66	12,6	64	13.899	70	30,8	80	473
73	Gümmen, Stadt	46,1	53	-6,4	76	-16,8	62	23,0	66	7,6	86	14.464	54	32,1	66	472
72	Dagpin, Stadt	41,1	63	-7,5	85	-16,2	50	22,9	63	9,7	83	14.190	62	33,7	50	469
71	Lübbitz	26,9	90	-2,7	25	-18,2	69	24,2	82	43,7	3	13.106	89	28,7	96	464
70	Eggenin, Stadt	42,3	62	-5,6	63	-24,3	89	21,0	28	15,3	43	13.397	83	30,5	81	448
69	Torgelow, Stadt	137,3	13	-6,4	77	-22,7	88	22,2	49	17,1	31	12.332	92	29,0	90	440
68	Warin, Stadt	50,2	44	-2,1	15	-19,0	74	24,1	79	11,4	73	13.887	71	30,8	79	436
67	Tetrow, Stadt	42,8	59	-6,3	73	-16,2	58	21,7	37	11,1	77	13.845	73	33,5	54	431
66	Stow, Stadt	44,7	55	-4,9	55	-17,1	63	21,5	34	10,0	82	14.335	50	31,8	70	428
65	Wismarsen, Stadt	27,1	87	-3,8	36	-11,8	29	25,1	88	18,5	28	13.955	68	31,5	71	407
64	Lübb, Stadt	42,4	61	-6,5	78	-14,9	48	22,7	61	11,5	72	14.671	47	34,9	35	402
63	Penzlin, Stadt	35,0	77	-6,0	67	-18,6	72	18,6	11	14,4	45	13.462	80	34,3	45	387
62	Papezauk, Stadt	57,9	35	-5,2	59	-16,6	60	22,1	48	16,1	40	13.705	75	31,4	74	381
61	Plau am See, Stadt	37,4	73	-5,6	62	-15,1	49	23,6	75	21,3	22	14.320	49	32,9	59	378
60	Grobow, Stadt	33,2	80	-6,1	70	-14,6	44	23,4	70	16,1	41	14.782	42	35,3	32	378
59	Marow, Stadt	34,9	78	-5,0	58	-18,1	68	19,8	17	8,7	90	14.511	51	37,9	15	377
58	GanzRügen, Stadt	31,5	82	-6,4	75	-12,4	35	22,4	54	15,6	42	14.365	58	35,5	30	378
57	Stavenhagen, Reutenstadt	43,3	57	-5,6	64	-14,0	42	19,6	15	13,4	59	13.437	81	32,9	58	378
56	Bad Krienow	64,5	30	-2,9	29	-16,2	57	14,4	2	12,6	63	11.869	96	27,6	94	371
55	Neudow, Stadt	53,6	39	-4,5	46	-18,7	73	19,2	14	13,7	54	13.831	77	32,3	64	387
54	Tessin, Stadt	40,0	66	-4,2	42	-15,6	55	20,2	21	11,2	75	14.680	46	34,1	47	362
53	Rechlin	22,8	94	-2,7	26	-9,3	18	22,5	96	16,8	33	13.852	72	34,5	43	342
52	Reck, Stadt	68,0	27	-5,8	66	-11,5	27	27,0	93	21,6	21	14.850	39	31,9	69	342
51	Lübbowen, Stadt	38,7	71	-4,5	47	-27,4	95	23,2	69	23,7	17	15.144	28	38,1	14	341
50	Barth, Stadt	77,4	19	-3,7	35	-7,6	14	23,7	76	13,9	49	13.420	62	32,3	63	338
49	Parowin, Stadt	50,4	43	-4,9	57	-17,4	66	21,8	39	14,0	47	14.682	45	34,9	38	336

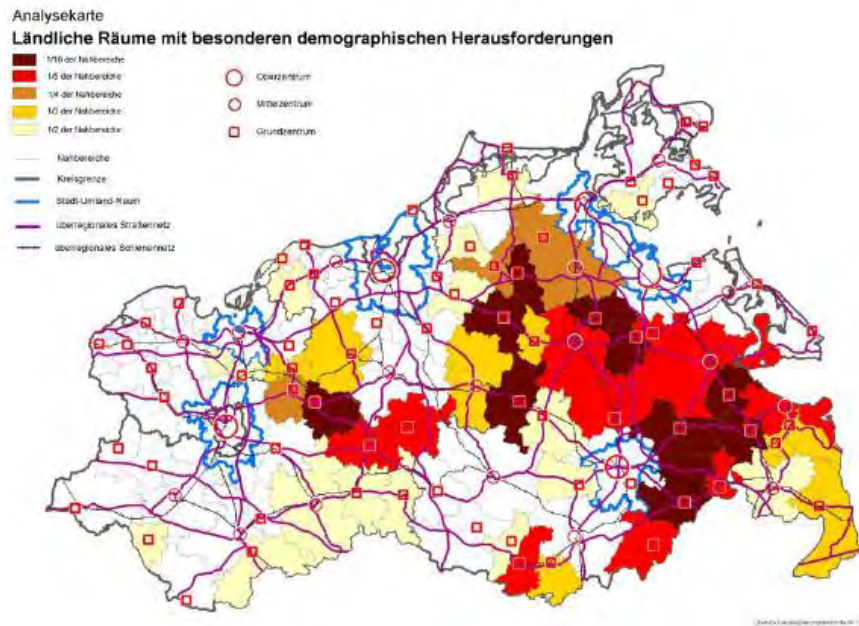
Nr.	Nahbereich	EW / km²	Ranking EW Dichte	EW-Entw. 2006-10 EW-Entw. (%)	Ranking EW-Entw. 2006-10	Frauen 16-46 / Männer	Ranking Frauen/Defizit	EW 65 u. über / EW (%) Seniore	Ranking EW 65 u. über	Zuzüge / 1.000 EW	Ranking Zuzüge	Kaufkraft / EW (K) Kaufkraft	Ranking Kaufkraft	SVB WO / EW (%)	Ranking SVB	Ranking Summe		
48	Looge, Stadt	39,1	67	-4,9	54	-13,9	41	19,1	13	13,7	53	14.076	64	34,6	42	334		
47	Ribow-März, Stadt	29,6	84	-3,6	33	-15,6	54	22,1	47	15,2	44	14.878	36	35,0	34	332		
46	Neustrenz, Stadt	54,6	36	-4,6	48	-11,3	26	22,9	64	13,8	51	15.028	32	31,2	75	332		
45	Dömitz, Stadt	37,1	75	-4,8	56	-17,8	67	21,3	32	20,2	24	14.805	41	35,7	28	324		
44	Götzow, Stadt	89,2	16	-4,3	43	-12,3	33	22,0	45	11,8	69	14.429	57	32,9	60	328		
43	Ribitz-Dampgarten, Stadt	74,3	20	-4,2	41	-11,0	25	23,6	72	13,5	57	14.806	40	32,0	67	322		
42	Sagard	54,5	38	-6,3	72	-16,2	56	22,0	43	24,0	43	24,0	57	13.995	67	36,0	27	319
41	Orhitz, Stadt	37,6	72	-4,8	53	-14,5	43	20,8	24	10,7	81	15.379	22	37,6	19	314		
40	Kolpin, Stadt	72,2	22	-3,3	60	-15,2	51	20,8	25	9,5	85	14.325	34	34,8	37	314		
39	Wolgast, Stadt	90,4	15	-4,1	39	-13,2	38	22,6	59	14,2	46	14.434	55	32,7	61	313		
38	Sarnow	39,0	68	-5,7	65	-14,7	46	18,9	19	16,6	34	14.143	63	37,8	17	312		
37	Sadow	47,8	48	-4,6	49	-20,7	83	17,9	6	8,6	91	15.431	21	38,2	12	310		
36	Melchow, Stadt	42,5	60	-4,5	45	-13,1	37	21,7	36	16,1	38	14.156	60	35,0	33	308		
35	Zingst	50,7	42	-2,2	17	-14,7	47	27,3	94	26,1	10	15.724	17	31,5	73	300		
34	Saczin, Stadt	182,2	4	-3,8	37	-13,0	36	27,4	95	18,9	25	14.866	37	33,0	67	291		
33	Schwanz, Stadt	66,7	28	-3,3	32	-11,6	28	21,0	30	8,4	92	14.736	44	36,6	25	279		
32	Neukloster, Stadt	44,9	54	-2,3	20	-24,9	90	22,0	42	18,5	27	15.254	26	38,1	13	272		
31	Putbus, Stadt	70,5	25	-3,0	31	-12,4	34	22,8	62	18,7	26	14.486	53	34,7	41	272		
30	Neustadt-Glewe, Stadt	60,4	33	-4,7	52	-19,0	75	20,6	23	16,5	35	15.186	27	39,4	5	264		
29	Waren (Müritze), Stadt	47,4	49	-2,7	27	-10,6	21	21,8	38	13,9	50	15.143	29	34,7	40	264		
28	Wismar, Hansestadt	169,7	8	-2,2	16	-17,3	65	22,1	46	21,2	23	14.860	38	33,6	55	261		
27	Gadebusch, Stadt	48,8	47	-4,4	44	-15,4	52	20,5	22	12,1	66	16.043	6	40,1	6	248		
26	Ludwigslust, Stadt	60,4	32	-4,6	50	-14,6	45	21,9	40	14,0	48	15.938	10	37,7	18	243		
25	Gras-Münz	514,8	1	-0,6	10	-13,7	40	32,3	96	27,5	8	17.497	1	31,1	78	234		
24	Stralsund, Hansestadt	154,5	11	-1,8	13	-10,0	19	22,3	50	18,0	29	14.899	35	32,3	62	219		
23	Lübbin	81,3	19	-2,2	19	-9,0	17	22,4	52	13,6	55	15.102	31	36,5	23	216		
22	Kütz, Stadt	58,4	34	-3,0	30	-12,2	31	21,6	35	22,5	20	14.753	43	37,0	20	218		
21	Hagenow, Stadt	52,4	40	-4,1	40	-12,3	32	18,4	10	13,0	62	15.814	13	39,6	6	206		
20	Wittenburg, Stadt	49,2	45	-2,6	23	-16,4	59	17,9	7	13,2	60	15.984	9	42,1	2	206		
19	Grewesmühlen, Stadt	74,1	21	-2,7	24	-10,9	24	21,3	31	12,1	67	15.527	19	38,6	10	198		
18	Bozenburg/Eibe, Stadt	50,8	41	-1,7	12	-25,9	92	19,8	18	54,0	1	15.503	20	39,7	7	181		
17	Zinnwitz	138,5	12	-0,4	5	-5,3	10	25,4	90	27,1	9	15.301	25	34,8	39	190		
16	Heringdorf	87,7	17	-0,5	9	-6,2	12	23,6	73	24,0	15	15.307	24	35,4	31	181		
15	Bergen auf Rügen, Stadt	70,7	24	-4,1	38	-4,0	8	20,1	20	16,1	39	15.124	30	37,3	21	180		
14	Neubrandenburg, Stadt	176,6	7	-3,6	34	-10,7	22	19,										

## Ergebnisse Die Raumkulisse LRmbdH im Entwurf LEP 2015

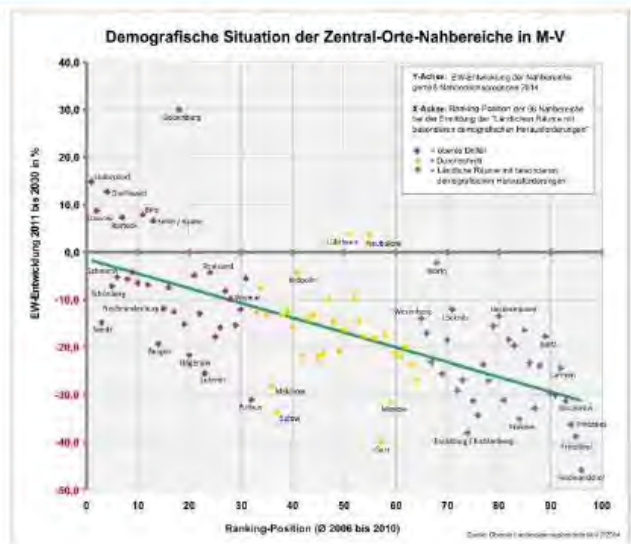


**Fakten:**  
 32 Nahbereiche der 96 ZO  
 35 % der Fläche  
 18 % der EW  
 16 % der SVB WO

**Lage:**  
 zentren- und küstenfern  
 Zentral- und Ost-Mecklenbg.  
 Vorpommern



# Ergebnisse Plausibilitätsprüfung



## Schwerin nimmt Osten des Landes ins Fadenkreuz

Wie der Regionalrat Schwerin über die Situation im Osten des Landes berichtet...

## Die Provinz lebt

Glück bemisst sich in Loitz nicht am Kontostand. In der Kleinstadt sind die Löhne gering, die Renten niedrig, die Jungen sind gegangen, die Bevölkerung schrumpft. Die Stadt stemmt sich gegen den demografischen Wandel. Ein Besuch in dem Ort, der nicht nur für Vorpommern steht...

## Der Nordosten kämpft gegen das Aussterben

Der Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns kämpft gegen das Aussterben...

Mittelpunkt vom 30. Oktober 2014 - Teil 3 - Nachrichten aus überregionaler Zeitung

Süddeutsche Zeitung vom 30.10.2014

## Die Kraft der kleinen Orte

Die Bedeutung des ländlichen Raums ist kein unumkehrbares Schicksal. Es können genau dort darauf ankommen, dass sich zusammenfinden und ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen...

## „Eine Katastrophe für Vorpommern“

Die Katastrophe für Vorpommern ist die Abwanderung der Bevölkerung...

## Politische Handlungsansätze zum Umgang mit dem demografischen Wandel

- **Informieren und orientieren**  
Ursachen, Herausforderungen und Chancen kennen und kommunizieren, Handlungsmöglichkeiten einschätzen
- **Gegensteuern**  
Strategie entwickeln und umsetzen (Wirtschaft, Regionale Wertschöpfung, Familienpolitik, „weiche“ Faktoren)
- **Anpassen und modernisieren**  
Strategie entwickeln und umsetzen (Infrastruktur umbauen, Kosten minimieren, neue Technologien nutzen)
- **Ermöglichen**  
Standards / Normen flexibilisieren, Bürokratie abbauen, Freiräume schaffen, Kreativität fördern, Experimentierklauseln aufnehmen, Anschubfinanzierungen bereitstellen
- **Aktivieren**  
Kräfte bündeln, Kooperationen aufbauen, Ehrenamt / Bürgergesellschaft stärken

Quelle: Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel. Hrsg. StK M-V 2011

- 15 -



**Danke für Ihre Aufmerksamkeit**



Schloss Ulrichshusen

[hermann.brinkmann@em.mv-regierung.de](mailto:hermann.brinkmann@em.mv-regierung.de)

